

# Überbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Jerusalemerstr. Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltebene Zeitspalte oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere fester, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 130.

Montag, den 5. Juni 1916.

23. Jahrg.

## Vorspiele.

Von Heinrich Schulz.

Eine neue Lage bereitet sich vor. Eine Uebergangszeit innerhalb der großen revolutionären Uebergangsepoche des Weltkrieges bringt in die allgemeine fieberhafte Unruhe eine besondere Erregung. Der Frieden ist auf dem Wege. Wann er kommt und von woher er seinen Eintritt in die Welt der Tatsachen nehmen wird, vermag noch niemand zu sagen. Aber man redet von ihm mit einer Selbstverständlichkeit, die vor einem Jahre oder gar vor anderthalb eine blanke Unmöglichkeit gewesen wäre. Das würde nicht der Fall sein, wenn nicht der psychologische Moment nähergerückt wäre, in dem die tatsächlichen Friedensverhandlungen einen Anfang nehmen müssen.

Dieser Anfang ist freilich ungeheuer schwer. Noch zeigen die beiderseitigen Staatsmänner einander die kalte Schulter. „Frieden?“ spricht der eine, „jajawohl aber ihr müßt die harten Tatsachen, die der Krieg geschaffen hat, als Ausgangspunkt dafür anerkennen.“ „Oho!“ trumpft der andere auf, „daran denken wir nicht, wir sehen nur solche Tatsachen, die in unserem Kram passen, andere existieren für uns nicht.“ Ein dritter will als Unparteiischer mit helfen. Nach alter Erfahrung wird er von beiden Seiten mißtrauisch gemustert.

Man braucht sich durch solche Vorgänge nicht entmutigen zu lassen. Auch der Krieg folgt seiner eigenen Logik, der schließlich die Widerstrebendsten beugen müssen. Militärisch sind die Zentralmächte nicht niederzurufen, wenn die feindlichen Mächte nicht das — zudem hoffnungslos — Wagnis eines siebenjährigen oder gar dreißigjährigen Krieges daran setzen wollen. Der innere Feind der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird gerade jetzt mit neuen Mitteln und verstärkter Energie niedergedrückt. Das ist zugleich das letzte Mittel, innere Unruhen in Deutschland, die im Kriegsprogramm unserer Gegner bis zur Stunde eine mächtige Rolle einnehmen, zu verhindern. Bleibt uns das Wetter bis zur neuen Ernte günstig, so sind wir dem Frieden damit wieder ein gut Stück nähergerückt.

Als eine Uebergangsepoche, als ein Vorspiel zu den kommenden Friedenszeiten und ihren innerpolitischen Kämpfen ist auch das Geplänkel im Reichstag über die neuen Steuern zu bewerten. Kein Mensch ist mit dem Steuerkompromiß zufrieden. Die Sozialdemokratie nicht, die deshalb fast alle Steuergehalte ablehnt; die bürgerlichen Parteien nicht, die sich keineswegs zu einem Steuerblock „unewig ungedeckt“ zusammengedrängt haben; die Regierung nicht, die nur mit jüßhafter Miene die Steuerarbeit des Reichstages schließt. Man traut sich gegenwärtig nicht über den Weg, und jeder tröstet sich damit, daß durch das Steuerkompromiß der zukünftigen großen Steuerreform des Friedens nicht vorgegriffen werden solle. Es weiß eben keine Partei, wie sie durch den Krieg hindurchkommt, und ob die zu erwartenden heftigen Gegenätze und Interessenverschiebungen wirtschaftlicher Art für sie nicht eine völlige Neuorientierung nötig machen. Die ersten Reichstagswahlen nach dem Krieg werden die erste — nicht die letzte! — Antwort auf diese Frage geben.

Als ein Sturmzeichen für die künftigen Kämpfe ist auch die heftige Auseinandersetzung zwischen den Konservativen und der Regierung in der Dienstagssitzung des Reichstages anzusehen. Die Konservativen würden eine solche offene und herausfordernde Kriegserklärung an die gegenwärtigen verantwortlichen Leiter der deutschen Regierung nicht gewagt haben, wenn sie damit nicht Vorarbeit für ihre spätere Politik hätten leisten wollen. Sie wollen aus dem Kriege nichts lernen, sie wollen auch nichts vergessen. Alle noch so zarten Andeutungen von Neuorientierung der künftigen inneren Politik sind für sie Scheu und Greuel. Darum müssen sie die Männer unumsichtig zu machen suchen, die allenfalls gegebene Versprechungen einzulösen hätten. Die erste Antwort, die ihnen vom Regierungstisch gegeben wurde, hatte Nägel und Zähne. Man soll die zornige Aufwallung des neuen Staatssekretärs des Innern gewiß nicht überschätzen. Aber wenn bei ihr das Selbstbewußtsein des ehemaligen Leiters der Deutschen Bank mitgesprochen haben sollte, so wäre sie immerhin ein beachtliches Zeichen der Zeit. Es ist vor den Konservativen jedenfalls selten oder aller Dessenlichkeit mit der Faust auf den Tisch gehauen worden, wie es Helfferich am Dienstag getan hat. War es das erwachende politische Kraftbewußtsein der bürgerlichen Klasse, das erstarkenden Kapitalismus gegenüber dem Junkertum, das sich darin symbolisierte? Es kommt darauf an, wie wir durch den Krieg hindurchkommen, welche wirtschaftlichen Folgerungen die Liquidation des Krieges für Deutschland mit sich bringt. Danach wird sich auch das künftige politische Verhältnis des Kapitals zur Grundrente richten. Und daraus wird auch die sozialistische Arbeiterklasse Schlusfolgerungen für ihr taktisches Verhalten abzuleiten haben.

Vorläufig fehlt es freilich bei der deutschen Arbeiterklasse noch an allen Voraussetzungen für eine auf die Zukunftsaufgabe gerichtete tüchtige und besonnene Politik der Tatsachen. Auch in der deutschen Sozialdemokratie, bei ihr

sogar in besonderem Maße, wagt es an innerer Unruhe, an Uebergangsbeschwerden, wild hin und her. Sie hat den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht noch nicht gefunden. Vorspiele werden auch bei ihr geliefert für das große Spiel nach Beendigung des Krieges, für den Parteitag und die von ihm erhoffte große Klärung. Nichts wäre lächerlicher, als das gegenwärtige Durcheinander in der Partei mit moralischem Zuspruch entwirren zu wollen. Ebenso lächerlich ist es, die großen Auseinandersetzungen auf die Formeln von Paragraphen und Sätzen einzuengen. Was die Partei in die freilich lebensgefährliche Krise gestürzt hat, ist die Rückwirkung der großen weltgeschichtlichen Revolution, in der wir leben, auf die innerste Selbstverständigung der Partei, die wir einige Jahre vor dem Krieg in aller Gemächlichkeit begonnen hatten, die der Krieg dann aber in ein unerhört stürmisches Tempo gebracht hat. Es ringen in der Partei Gegensätze miteinander, die mit gut oder böse nichts

zu tun haben, sondern lediglich durch grundverschiedene Ausgangspunkte der uns durch den Krieg aufgezwungenen Neuorientierung der Parteipolitik entstanden sind und sich je länger je mehr verschärft haben. Die beiden Gegensätze konnten in ruhigen Friedenszeiten sich leidlich miteinander abfinden; sie werden in weiter, weiter Zukunft auch in einer höheren Einheit wieder zusammengefaßt werden. Für die Gegenwart und die nähere Zukunft aber läßt sich kaum die Hoffnung aufrechterhalten, daß sie vereint marschieren und vereint schlagen können.

Der erste Parteitag nach dem Kriege wird die Antwort geben. Es liegt im beiderseitigen Interesse, daß dieser Parteitag nicht mehr lange auf sich warten lassen möge. Der Parteitag haben wir genug erlebt, wir möchten endlich Entscheidungen erleben. Mögen sie so oder so fallen, sie sind in jedem Falle besser als die jetzigen unerträglich langen Zeiten der Unklarheiten und des Uebergangs.

## Von den Kriegsschauplätzen.

In Flandern ist es wieder sehr lebhaft zugegangen. Bekanntlich hatten vor einigen Tagen die Engländer bei Gheluwe Angriffsversuche unternommen, die jedoch scheiterten. Nunmehr sind die Deutschen die Angreifer gewesen; sie haben eine ganze Reihe von englischen Stellungen überrannt und einen wichtigen Höhenrücken genommen. Englische Gegenstöße wurden abgeschlagen. Am rechten Maasufer erzielten die Deutschen einen bedeutenden Erfolg.

In überaus schwierigem Angriff am Höhenrand der Cotes, wo die Franzosen von oben herab auch die geringste Bewegung der Deutschen beobachten und stören können, ist das zu einem starken Bollwerk ausgebaute Dorf Damloup erstürmt worden. Die Beute ist groß. Der Verlust der Ortschaft ist für den Feind empfindlich, weil diese Stellung als ein Vorwerk der großen Position der Franzosen auf der Höhe von Fort Raug betrachtet werden kann. Der moralische Wert gerade dieses Sieges an so schwieriger Stelle ist bedeutend. Im ganzen Abschnitt von Raug scheint eine erbitterte Schlacht zu wüten. Sie steht gut für uns, sagt der Tagesbericht. Die Kämpfe dauern noch fort. Für die Beurteilung der taktischen Lage ist bezeichnend, daß die Franzosen im Raum Caillette—Chapitre außerordentlich heftige und verlustreiche Gegenstöße versuchten, während östlich davon, in der Linie Teich von Raug—Damloup, gegenwärtig der Hauptdruck der Angreifer wirksam ist.

An der begrabenen und wohnlichen Front entwickelt sich eine größere Schlacht, die von den Russen mit einem außerordentlich heftigen Trommelfeuer eingeleitet worden ist.

Ueber die Seeschlacht in der Nordsee sind weitere Meldungen eingelaufen, die wir an anderer Stelle wiedergeben. Hervorheben wollen wir nur, daß der englische Panzerkreuzer „Carnarvon“, wie erst jetzt festgestellt werden konnte, in Brand geschossen worden ist. Die englische Verlustziffer hat sich also noch erhöht, leider aber auch die deutsche. Der kleine Kreuzer „Ebing“, der infolge Kollision mit einem anderen deutschen Kriegsschiff schwer beschädigt wurde, mußte in die Luft gesprengt werden, da er nicht mehr einzubringen war. Bis auf 8 Mann der Besatzung sind alle gerettet worden.

Nach einem Fundspruch, den die „Kölnische Zeitung“ von ihrem Berichterstatter aus Washington erhielt, schreibt die „New York World“: Deutschland hat die größte Seeschlacht der modernen Geschichte gewonnen. Der Sieg ist nicht entscheidend, die moralische Wirkung jedoch unermeßlich. Die englische Flotte wurde im Nordseegebiet im Schicksel und im Kampf übertrifft. Auch die „Sun“ findet, daß Deutschland einen glänzenden Sieg errungen hat, indem es seinem Gegner durch geschickte Taktik, durch Ueberlegenheit seiner Artillerie und durch wirksamen Gebrauch der Torpedos eine juristische Niederlage bereitet habe. Im Gegensatz zur „World“ bezeichnet die „Sun“ diese Niederlage als entscheidend. Die „Tribuna“ schreibt, die Deutschen hätten berechtigten Anspruch darauf, den bedeutendsten Sieg zur See erjagt zu haben. Die britische Flotte wurde überwältigt. Das Ereignis wird in England größeren Vergers hervorrufen als alles Mißgeschick, das bisher die Briten Großbritanniens betroffen hat. Seine Flotte wurde keineswegs überrascht. Das taktische Vorgehen der Deutschen war offenbar richtig und führte zu einem glatten Sieg von nicht zu unterschätzender Größe. „Andere Blätter, namentlich die „New Yorker Tribune“ und „Herald“ erkennen ebenfalls den deutschen Sieg an. schreiben ihn jedoch dem Umstand zu, daß die deutschen Kräfte überlegen gewesen seien, während sie andererseits zugeben, daß der Verlanf für den Stolz der Engländer als Seemacht kränkend und für Deutschland in entsprechendem Maße erhebend wirken müsse. Kennzeichnend die Stärke der englischen Flotte durch das Ergebnis der Schlacht noch nicht schwer beeinträchtigt sei, so müsse man

doch eine Reihe von Fragen stellen: warum nämlich die Deutschen in den Hafen zurückgetrieben seien? warum die Engländer ihnen nicht folgten und warum es die deutschen und nicht die englischen Seeleute waren, die die Ueberlebenden der „Indefatigable“ retteten? was die britische Flotte eigentlich beabsichtigt habe? ob das Geschütz oder der Torpedo das gewichtigste Wort in dem Kampfe sprach und wie sich die Zepeline betätigten? In seemannischen Kreisen herrscht einmütig die Ansicht, daß der Stolz Englands auf seine Seegewalt einen schweren Schlag erlitten hat. Bei der ersten Nachricht von der Seeschlacht hörte im Marineamt in Washington die gewöhnliche Tätigkeit auf; man unterhielt sich nur über das Ereignis und war einfach sprachlos über den gewaltigen Umfang des Sieges. In den amtlichen Kreisen war man namentlich von zwei Erwägungen betroffen: zunächst hielte man fest, daß Deutschland bereit ist, für die Herrschaft zur See zu kämpfen, sodann erörterte man die Wirkung der Seeschlacht auf die Friedensausichten. In seemannischer Hinsicht glauben die Seeoffiziere aus dem Verlauf der Schlacht die Lehre folgern zu dürfen, daß weder Schlachtkreuzer noch gewöhnliche Kreuzer es mit den Uerdienstschiffen aufzunehmen vermögen.

Der amerikanische Botschafter Gerard erklärte einem Vertreter der „National-Zeitung“ über die Friedensausichten: „Ich beurteile sie nach wie vor günstig und bin überzeugt, daß wir von dem Frieden nur noch wenige Monate entfernt sind. Präsident Wilson hat vor allem ein menschliches Interesse an der Wiederherstellung des Friedens. Ob sich Präsident Wilson darauf beschränken wird, lediglich Vorschläge der beiden Parteien entgegenzunehmen, oder sogar einen Druck auf die Kriegführenden ausüben wird, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Ich bin überzeugt, daß die nächsten Wochen noch große militärische Ereignisse bringen werden. Dadurch wird die Friedensneigung bei den Kriegführenden noch bedeutend wachsen.“

### Die Kriegslage

WZ. Großes Hauptquartier, 3. Juni. (WZ.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Gestern mittag eroberten württembergische Regimenter im Sturm den Höhenrücken südöstlich von Zillebeke (südöstlich von Ypern) und die dahinter liegenden englischen Stellungen. Es wurden ein leibtermundeter General, 1 Oberst und 13 andere Offiziere sowie 350 unverwundete und 168 verwundete Engländer gefangen genommen. Die Gefangenenzahl ist gering, weil der Verteidiger besonders schwere blutige Verluste erlitt und außerdem Teile der Besatzung aus der Stellung flohen und nur durch unzer Feuer eingeholt werden konnten. In der Nacht angelegte Gegenangriffe wurden leicht abgewiesen.

Nördlich von Arras und in der Gegend von Albert dauert der Artilleriekampf an. In der Champagne und südlich von Ripont brachten unsere Erkundungsabteilungen bei einer kleinen Untersuchung über 200 Franzosen gefangen ein.

Westlich der Maas wurden feindliche Befestigungsanlagen mit schickbarem Erfolg bekämpft. Westlich der Maas erlitten die Franzosen eine weitere Niederlage. Zu den Morgenstunden wurde ein harter Angriff gegen unsere neu gewonnenen Stellungen südwestlich des Caillettewaldes abgelehnt. Weiter westlich haben die Franzosen auf dem Rücken südwestlich von Raug gestern im sechsseitigen Angriff versucht, in unsere Gräben einzudringen. Alle Vorstöße scheiterten unter schwersten feindlichen Verlusten.

In der Gegend östlich von Raug sind heftige, für uns günstige Kämpfe im Gange.

Auf dem Ostrand der Maas Höhen stürmten wir das stark ausgebaute Dorf Damloup. 320 unverwundete Franzosen, darunter 15 Offiziere und mehrere Maschinengewehre fielen in unsere Hände. Andere Gefangene gerieten bei der Abkantung über Dieppe in das Feuer schwerer französischer Batterien.

Artillerie hatte über ganz einen ...  
Westlicher Kriegsjahraplaß.  
Oberste Heeresleitung.

Wien, 3. Juni. (Anstich.)  
Russischer Kriegsjahraplaß.  
Oberste Heeresleitung.

Wien, 4. Juni. (Anstich.)  
Russischer Kriegsjahraplaß.  
Oberste Heeresleitung.

Wien, 4. Juni. (Anstich.)  
Russischer Kriegsjahraplaß.  
Oberste Heeresleitung.

Zur Schlacht in der Nordsee.  
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

herangeworfen. Gleichzeitig wurden die Torpedoboots-  
flottillen zum Angriff gegen den Feind angeführt.

Gerettete vom Kreuzer „Frauenlob“ trafen Frei-  
tag abend in Hoek van Holland auf dem Dampfer „Thames“ ein.

Die Seeschlacht in englischer Darstellung.  
Die britische Admiralität teilt mit: Am 31. Mai nachmittags

fel mit großer Stärke. Die Deutschen kannten unsere Schlachtordnung  
und unsere Stärke viel besser als wir die ihre.

Die „Morningpost“ schreibt: Die Vorhut unserer Flotte griff  
die Hauptstreitkräfte des Feindes an und erlitt daher erste Ver-

### Gegen Italien.

Der italienische Heeresbericht  
vom 4. Juni lautet: Im Laufe des gestrigen Tages wurde die  
ununterbrochene Offensivitätigkeit des Feindes in

### Der Balkankrieg.

Die Lage um Saloniki.  
Nach dem „Secolo“ ist der Belagerungsstand  
in der ganzen von den griechischen Truppen in Ost-Maze-

In London verhandelt Extrablätter erst Freitag abend das  
Ergebnis der großen Seeschlacht. England war, so sagen die Mel-

Der Kommandant der „Frauenlob“ meint  
dass die deutsche Flotte seit einiger Zeit keine Streifzüge in die

# Der Seekrieg.

## Vernichteter Torpedobootszerstörer.

W.B. Berlin, 4. Juni. (Amtlich.) Am 31. Mai hat eines unserer U-Boote vor dem Humber einen modernen großen englischen Torpedobootszerstörer vernichtet. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Versenkte Dampfer.

Lands meldet: Die Dampfer „Dewland“, 1993 Tons, und „Salompol“, 4900 Tons, sind versenkt worden. — Nach Reuter sind die Dampfer „Elmerow“, 3018 Tonnen, und „Solconda“, 5874 Tonnen, versenkt worden.

## Minenopfer.

Reisende des holländischen Dampfers „Prinz Heinrich“ bemerkten am Donnerstag morgen auf der Höhe des Galkoper Leuchtschiffes, daß ein englischer Dampfer auf eine Mine lief. „Prinz Heinrich“ wurde darauf angehalten. Später wurde von dem holländischen Postschiff bemerkt, daß noch ein zweiter englischer Dampfer in derselben Weise aufstieg. Beide Schiffe sanken.

# Die Kämpfe im Orient.

## Türkischer Seeresbericht

vom 3. Juni: Von der Trakfront keine Nachricht von Bedeutung. Auf der Kaukasusfront und auf dem rechten Flügel keine Veränderung. Im Zentrum wurden die Ortschaft Sashekeun, die Höhen nördlich und östlich davon (50 Kilometer südöstlich von Mamahatun), sowie die Höhe 2650, die in den Mairanbergen 16 Kilometer nordöstlich von Mamahatun liegen, von uns besetzt. Auf dem linken Flügel wurden starke feindliche Erkundungsabteilungen zurückgeschlagen. Östlich von Samos wurde ein Motorboot des Feindes, welches eine Barkasse schleppte, von unserer Artillerie unter Feuer genommen. Die Barkasse wurde versenkt und das Motorboot schwer beschädigt und zur Flucht gezwungen. Unsere Flugzeuge führten vor vier Tagen einen glücklichen Angriff gegen ein feindliches Lager bei Kumani in der Nähe des Suez-Kanals aus und verursachten dort durch Bomben und Maschinengewehre ersten Schaden an Leuten und Tieren.

## Englische Postdampfer dürfen nicht mehr durch den Suez-Kanal nach Australien fahren.

Der britische Generalpostmeister macht bekannt, daß ab 2. Juni die Postdampfer der Oriental Company nicht mehr durch den Suez-Kanal, sondern um das Kap nach Australien fahren werden.

# Allelei Kriegsnachrichten.

## Vorschriften für neutrale Schiffe.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß in Zukunft alle für New York und südlich davon gelegene Häfen bestimmte holländische Dampfer, die in Ballast fahren — Tankdampfer ausgenommen — in England bunkern und sich verpflichten müssen, Steinkohlen und andere Frachten nach den englischen Kohlenstationen zu bringen.

# Eine Äußerung des Kanzlers über die Kriegsziele?

Wie aus München gemeldet wird, ist der Hauptjuristleiter der dortigen „Neuesten Nachrichten“ vom Reichskanzler während seines Aufenthalts in der bayerischen Hauptstadt empfangen worden. Der im allgemeinen gut orientierte „Berliner Lokalanzeiger“ meint: Man werde wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß der Niederlassung dieser Unterredung in einem Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“ zu erkliden ist, über dessen Inhalt ein Telegramm des „Berliner Lokalanzeigers“ folgende Mitteilungen macht:

In einem Artikel „Äußere und innere Politik“, den die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten, wird zunächst auf die letzten bekanntgewordenen Äußerungen des Londoner Finanzblattes „Economist“ verwiesen, nach dem sowohl Wilsons Friedensrede in Nord-Carolina nur unvollständig nach England durchgefallen wurde sowie auch die Unterredung des Reichskanzlers mit Herrn v. Niessing, dem Vertreter der „New York World“ gleichfalls gar nicht oder nur gekürzt oder in entstellten Auszügen von der englischen Presse wiedergegeben wurde. Es stehe nach dieser Presse fest, daß selbst die Unterhausmitglieder die Wahrheit nicht erfahren hätten und sich somit kein Urteil bilden könnten. Zweifellos sei in Frankreich wie in England und auch in Rußland heute schon die Ansicht vorhanden, daß ein Sieg der Entente ausgeschlossen sei. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Wenn die verantwortlichen Staatsmänner der Entente einen Blick auf die Kriegskarte werfen und die dort verzeichneten Tatsachen für sich sprechen lassen, so werden sie auch die Äußerungen unseres Reichskanzlers verstehen, daß die jetzige Kriegskarte die Grundlage für einen Frieden bilden müsse. Wir sagen absichtlich, die Grundlage. Es ist ein unehrliches Mißverständnis, wenn man aus den Worten des Reichskanzlers herausgelesen hat, daß die unüberwindlichen Schützengräben, die die Mittelmächte im Osten und Westen errichteten, die derzeitige deutsche unerschütterliche Soldatenmauer, auch die Grenzen eines Friedensschlusses sein müssen. Noch in keinem Kriege — man denke nur an 1870 — war dies der Fall. Über die militärischen Errungenschaften, die mit unendlich viel Blut erkämpft worden sind, müssen die Ausgangspunkte irgendwelcher Verhandlungen bilden. Das ist so unzweifelhaft und klar, daß eine andere Deutung nur auf Böswilligkeit und Verdrehung der Tatsachen begründet sein kann.“

Mehr und mehr dringt die Einsicht durch, daß Deutschland lediglich einen ihm aufgedrängten Kampf um seinen Platz an der Sonne und um seine wirtschaftliche und politische Führung führe, und daß es nach so großen Erfolgen berechtigt sei, sich reale Garantien für die Zukunft zu schaffen. Nur auf dieser Grundlage sei eine Verständigung möglich. Professor von Binding habe klar und bündig die Verständigung der einzelnen Kriegführenden unter sich verlangt. Wenn einmal die Notwendigkeit zu solchen direkten Verhandlungen von Macht zu Macht erkannt werde, so würden mit dem Frieden zweifellos näher kommen. Wenn die Franzosen heute das Ergebnis ihrer Politik überblättern, so würden sie erkennen, daß ein einfaches Resignieren zeige, wie sie schon mehr Leute verloren hätten, als Elsass-Lothringen Einwohner habe. Die Friedensbereitschaft Deutschlands, die von unseren Feinden bisher nicht gemühtig worden sei, könne bei uns die Zurechtweisung überhandstraf nur stärken.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Annahme des „Berliner Lokal-Anzeigers“, der Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“ gebe Auslassungen des Kanzlers wieder, den Tatsachen entspricht. In dem Artikel besagte stimmt im wesentlichen mit dem überein, was der Kanzler bisher in der Öffentlichkeit über die Friedensfrage geäußert hat. In dem Artikel wird die Friedensbereitschaft von neuem betont, und hervorgehoben, daß die deutsche Regierung nicht daran denkt, alle von seinen Truppen besetzten feindlichen Gebiete beim Friedensschluß behalten zu wollen; Bethmann-Hollweg hat ja auch bereits im Reichstag klar zu erkennen gegeben, daß eine derartige Absicht bei der deutschen Regierung nicht besteht, indem er die besetzten Gebiete als Faustpfänder bezeichnete. Die Worte von den „reellen Garantien für die Zukunft“, die wir schon so oft gehört haben, kehren auch in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wieder. Sie werden dadurch nicht klarer, daß sie so oft gebraucht werden. Unter „reellen Garantien für die Zukunft“ kann man sich ja sehr viel und sehr wenig denken. Aber es ist begreiflich, daß ein Staatsmann solange sich mit einer unbestimmten Umschreibung seiner Kriegsziele begnügt, bis die Gegner zu Friedensverhandlungen bereit sind. Er würde sich die kommenden Verhandlungen ja ungeheuer erschweren, wenn er sich von vornherein auf bestimmte Bedingungen festlegte, von denen er unter keinen Umständen abgehen will.

Die Gegner brauchen nur dem Verlangen Deutschlands, Friedensverhandlungen zu eröffnen, zu entsprechen, so werden sie bald die nötige Klarheit über Deutschlands Forderungen erhalten. In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird erneut die Bereitschaft Deutschlands, die Hand zu einer Verständigung zu bieten, kundgetan.

Im Interesse der Völker, die in diesem erbitterten Ringen so juchbar blutige Opfer bringen, kann man nur wünschen, daß diese erneute Befehdung des deutschen Friedenswillens im Ausland eine kräftigen Widerhall findet.

# Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 5. Juni.

In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins sprach am Sonnabend Reichstagsabgeordneter Genosse Reil aus Lüdnitzburg bei Stuttgart über die neuen Steuern. Er wies auf die Unsummen an Opfer und Geld dieses entsetzlichen Weltkrieges hin, der monatlich insgesamt 10 Milliarden Mark verschlinge und nach einem zweijährigen Ende nicht mehr und nicht weniger aufgezehrt haben würde, als das gesamte bewegliche und unbewegliche öffentliche und private Volksvermögen Frankreichs betrage. Gegenüber den Milliardenforderungen erschienen die Millionenrechnungen früherer Zeit fast als ein Trinkgeld. Würde der Krieg, was wir alle wünschen, in einigen Monaten sein Ende erreichen, dann hätte Deutschland fünfzigjährig jährlich 2½—3 Milliarden mehr an dauernden Einnahmen nur zur Verjüngung der Kriegsschuld aufzubringen, eine Summe gleich den gesamten bisherigen Einnahmen und Ausgaben des Reiches überhaupt. Dazu kommt der Betrag für die Opfer des Krieges, Witwen, Waisen, Invaliden mit etwa 2 Milliarden, und nicht zu vergessen die Beträge für Aufgaben wirtschafts- und sozialpolitischer Art, die durch den Krieg an Bedeutung gewonnen haben. Sehr wahrscheinlich werden nach dem Friedensschluß die Rüstungsaufwendungen nicht kleiner werden, so daß in Zukunft jährlich 5—6 Milliarden mehr als bisher beschafft werden müssen. Während die Regierung zuerst gegen neue Steuern in der Kriegszeit gewiesen sei, habe die Sozialdemokratie schon im Frühjahr 1914 die Verteuerung der Kriegsgewinne gefordert und durch Genossen Haase auszusprechen lassen, man solle recht kräftig zugreifen bei der Wiedereinholung des aus Steuermitteln den Seereslieferanten Zuvielgezählten. Fast ein Jahr später kam die Regierung dann doch zu dem Entschluß, die Kriegsgewinnsteuer in die Hand zu nehmen, aber in einer beschränkten Weise. Dafür sei man daran gegangen, indirekte, den Verbrauch belastende Steuern zu erfinden, gegen die die Sozialdemokratie den härtesten Widerspruch erhoben habe. Das Regierungspersönlich, notwendige Lebensmittel nicht zu belasten, hat man nicht erfüllt, sondern dem schwer leidenden Volk den Existenzkampf noch schwieriger gemacht. Denn die neu geschaffenen Umsatzsteuern würden nach oben aufgerundet den Verbrauch belasten, ebenso die erhöhten Post- und Telegraphengebühren. Mit der Tabaksteuer treffe man auch die arme Kriegerfrau, die ihrem Manne ein paar Zigarren ins Feld schicke. Diese Steuer sei eine große Ungerechtigkeit. Der sozialdemokratische Antrag, wenigstens eine Kriegserbschaftsteuer zu erheben, fand ebenfalls keine Beachtung. Andere Staaten hätten bei der Erbschaftsteuer viel herzhafter zugriffen. In Frankreich komme auf den Kopf der Bevölkerung 7,51 Mt. Erbschaftsteuer, in England 11,60 Mt. und in Deutschland ganze 98 Pfg. England holt 500 Millionen heraus und Deutschland mit noch einmal soviel Einwohner nur 50 Millionen Mark. Rein Augenblick wäre für die Erbschaftsteuer geeigneter gewesen als der gegenwärtige, denn Gründe von durchdringender Wucht sprächen dafür, daß mäßiger Erbschaftsbeitrag mit Recht kräftig besteuert werden dürfe, während unzählige Vermögen und Leben verlerren. Sonderbarerweise bestimmten die Regierung „bürgerliche“ Gründe zum Verzicht auf die Erbschaftsteuer, um dafür zu indirekten Steuern zu greifen. Es gehöre ein eigenartiger Mut dazu, mit Rücksicht auf den Burgfrieden den Besitz zu schonen und dem Burgfrieden zum Trotz die breiten Massen und mit ihnen die Opfer der Schützengräben zu belasten. Das sei kein Regierungsheldentum, keine politische Klugheit. Die Regierung hätte sich sagen müssen, daß sie gerade in diesen ersten Zeiten auf die Mitwirkung und das Vertrauen Millionen von Minderbemittelten angewiesen ist. Gegen die Einkommensteuer wandten sich vor allem die einzelstaatlichen Finanzminister, die sich von ihrem alten doktrinären Standpunkt nicht trennen können. Die notwendigen Millionen lassen sich aber nicht aufbringen, ohne den Besitz kräftig heranzuziehen, dafür sprächen nicht nur politische, sondern auch menschliche und moralische Gründe. Der Besessene habe am Schutze der Landesgrenzen weitaus größeres Interesse als der Arbeiter, er müsse deshalb auch ein entsprechendes Opfer an Steuern bringen. Genosse Reil erläuterte die komplizierte Kriegsgewinn- oder Vermögenszuwachssteuer, die wohl eine Verschärfung erfahren habe, doch lange nicht so angezogen worden sei, wie die Sozialdemokratie mit Recht gefordert habe. Aufgabe der Reichsregierung sei es, ihre ganze Macht auszunutzen die Lebensmittelpreise herabzudrücken und dem Volke das Leben zu erleichtern, doch dazu dienten die neuen Steuern nicht. Wenn auch die Sozialdemokratie für die Sicherheit des Landes und Volkes eintrete, so übernehme sie damit noch keine Verantwortung für den Krieg und die innere Politik. Sie sei bereit, bei der Deckung der Kriegskosten mitzumachen, nicht aber jede Steuer, die dem Volke angefallen werde, zu bewilligen. Die Sozialdemokratie dürfe sich aber auch nicht ausschalten und den bürgerlichen Parteien allein überlassen, Steuern nach ihrem Interesse zu gestalten. Würde die Sozialdemokratie die Trümmer aus der Hand geben, wäre das Interesse der Arbeiter schlecht gewahrt und die Gegner gerechtfertigt. Steuern würden an Einfluss gewinnen. Habe doch jederzeit der Führer der Konvention im Reichstag erklärt, man könne einem aus allgemeinen Wahlen hervorgerufenen Parlament die Festsetzung von Steuern nicht anvertrauen. Die Kosten des Krieges müssen eines Tages gedeckt werden, deshalb sei es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, die richtigen Quellen für gerechte Steuern anzubohren, damit die breiten Massen nicht noch mehr bedrückt würden. Soweit also das Steuergebiet in Betracht komme, stehe es mit der Neuorientierung schlecht. Keiner von uns habe aber geglaubt, die gekrateten Tauben würden uns in den Mund liegen, weder Regierung noch bürgerliche Parteien würden freiwillig neuwertiges Entgegenkommen zeigen. Er ge-

aber das feste Vertrauen zu den heimkehrenden Kämpfern, daß sie mit anderen Gefürungen und Opfermut dem politischen Leben gegenüberstehen, und dies nicht zu unserm Schaden. Die Kriegszeit habe die Nichtigkeit der sozialdemokratischen Anschauungen überzeugend dargelegt, Bitternisse und Leiden im militärischen Leben würden uns Hunderttausende neuer Kämpfer zuführen. Der brüderliche Schützengrabenzeit werde staatsbürgerliches Selbstbewußtsein werden und den Widerspruch gegen mehrklassige Bürgerrechte stärken. Dann erst werde die Neuorientierung kommen, wenn sich die Zahl unserer Anhänger verdoppelt und verdreifacht habe, dann werde es bürgerlichen Kompromissen nicht mehr gelingen, neue, indirekte Steuern zu beschließen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion schloß sich nicht daran und auch zu internen Angelegenheiten meldete sich niemand zum Wort. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die sehr gut besuchte Versammlung das Andenken der gefallenen Genossen Lorenzen, Altmann, Kroll und U. Dender, sowie der hier verstorbenen Genossen J. Simeth, Reichold und Maack in der üblichen Weise.

Neuer kommandierender General des 9. Armeekorps. An die Spitze des stellvertretenden 9. Armeekorps tritt an Stelle des Generals der Artillerie v. Kochl Generalleutnant v. Falk, bisher Kommandeur der 2. Infanterie-Division im Feld. Generalleutnant v. Falk war vor dem Kriege Inspekteur der Kriegsschulen.

Protabgabe in den Wirtschaften. In einer Bekanntmachung des hiesigen Polizeiamtes, die am 10. Juni in Kraft treten soll, wird bestimmt: Im Interesse des Fremdenverkehrs will das Polizeiamt den Inhabern von Gasthöfen und Gastwirtschaften in der Stadt und den Vorstädten, einschließlich der eingemeindeten Stadtteile, verjuchweise gestatten, Fremde, die hier nicht übernachten und sich daher nicht im Besitz einer Tagesbrotkarte befinden, Brot zum alsbaldigen Verbrauch gegen Empfangsbekundigungen zu verabfolgen. Der Fremde hat den Empfang des Brotes unter Angabe seines vollen Namens, seiner Wohnung und seines Wohnortes auf dem ihm von dem Gastwirt oder seinen Beauftragten vorzulegenden Schein schriftlich zu besätigen. Die ausgefüllten Empfangsbekundigungen haben die Wirte nach Verbrauch ihres Bezugsheftes gleichzeitig mit diesem und den nach § 14 Abs. 3 der Verordnung des Polizeiamtes vom 7. März 1916 über die Regelung des Brot- und Mehlerverbrauchs abzuliefern. Brotmarken dem Polizeiamt einzureichen, und zwar für den Stadtteil Travemünde bei der dortigen Polizeiwache, für die übrigen Stadtteile bei dem Polizeiamt, Abteilung für Getreide, Mehl und Futtermittel, Breite Straße 54 I. Die Wirte werden nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Brot auf diese Weise nur an fremde (d. h. nichtlübeckische) Tagesgäste abgegeben werden darf. Für die lübeckischen Tagesgäste sowie für Fremde, die im lübeckischen Staatsgebiet übernachten und demzufolge Tagesbrotkarten besitzen, bleibt es bei dem Grundsatze des § 15 der Verordnung des Polizeiamtes vom 7. März 1916, wonach Brot (außer in Bahnhofswirtschaften) nur gegen Brotmarken abgegeben werden darf.

Verbilligung, nicht Verteuerung der Milch! Seit einiger Zeit wird in gewissen Zeitungen der Ruf nach höheren Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse laut, um „Produktion und Absatz zu erhöhen“. Auch Behörden stellen sich zuweilen auf diesen Standpunkt. So soll beispielsweise die Milchversorgung Breslens dadurch gesichert werden, daß man den Milchpreis auf 30 Pfg. für 1 Liter heraufsetzt. Dadurch würde den Milchproduzenten ein Entgelt geboten, wie es den für Butter gezahlten Preisen entspricht. Dabei aber wird vergessen, daß die Milchproduktion in der Jahreszeit der Grünfütterung nicht unerheblich verbilligt wird, und daß diese Verbilligung der Milchproduktion heute noch weiter geht, da die Verwendung der teureren eingeführten Futtermittel so gut wie ganz aufgehört hat. Dazu kommt noch, daß die zum Verkauf gestellte Frischmilch lange nicht so fettreich ist als die zur Verbutterung benutzte. Ein wichtiges und unerlässliches Nahrungsmittel aber nur deshalb zu verteuern, weil es sich im Wege eines anderen Produktionsprozesses für den Erzeuger höher verwerten läßt, während es sich durch unmittelbaren Verkauf noch gut bezahlt macht, entspricht nicht den Anforderungen unserer Kriegswirtschaft. Der neue Lebensmittelkurator wird heftigstenfalls ein besonderes Augenmerk auf die also jetzt mögliche Verbilligung der Milch richten. Unsere Kinder würden dadurch reich an Gesundheit, die Milchzeuger gleichzeitig noch lange nicht arm an Gewinn.

Warum die Waren verderben. Je rarer die einzelnen Lebens- und Bedarfsmittel werden, um so „verdientvoller“ wird der Handel mit ihnen, um so länger wird die Kette, mit der man die Verbraucher fesselt.

Welcher Art die Glieder der Kette sind, lehrt eine Prüfung der Kauf- und Verkaufsangebote in den Tageszeitungen.

Eine Prüfung derartiger Anzeigen an fünf Tagen im „Berliner Tageblatt“ ergab:

Von den 233 Inzerenten waren 86 im neuesten Adreßbuch oder Fernsprechverzeichnis nicht aufzuführen; sie haben also entweder keine eigene Wohnung oder sind erst im Laufe des letzten halben Jahres „anzässig“ geworden.

52 bezeichneten sich als „Kaufmann“, „Vertreter“, „Agent“, nur 25 haben bereits Oktober 1915 mit der gleichen Ware gehandelt, 69 dagegen haben „umgekehrt“ und kommen aus den gegenwärtigsten Berufen.

Die gestochten und angebotenen Waren sind gar nicht aufzählbar; alle Lebensmittel, Seife, Öl, Leim, Kerzen, dazu alle möglichen und unmöglichen „Ergänzungsmittel“.

Die Gefahren solcher Zustände liegen auf der Hand: Diese Zwischenhändler wollen alle verdienen, alle treiben die Preise und wissen oder verstehen nichts von der Ware. Die wenigsten haben geeignete Aufbewahrungsräume. Die Ware, wenn sie endlich an den Verbraucher gelangt, ist in zahlreichen Fällen minderwertig, wenn nicht ganz verrotten, jedenfalls sinnlos verteuert.

Dazu die Rezept-Schrittsteller, sie beglücken die Welt mit den unbrauchbaren, oft auch schädlichen Ergänzungsmitteln, an denen selber, die Hersteller, Großhändler und Kleinkaufleute, eine „Stange Gold“ verdienen! Es gibt offenbar gar nicht genug Untersuchungsämter, um nur den größten Schwindel aufzudecken.

Im Interesse der Verbraucher, im Interesse der Volksgesundheit, muß gefordert werden:

Der Handel mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln wird beschränkt auf diejenigen, die Jurellmögliche, Sachkunde und für die Aufbewahrung geeignete Vorrichtungen nachweisen können. Ergänzungsmittel aller Art bedürfen, ehe sie in den Verkehr gebracht werden, der Genehmigung (Unschädlichkeit, Nährwert, Preiswürdigkeit).

Mißbrauch der Feldpost durch Geschäftsmacher. Amtlich Sendungen in rein gewerblichen Angelegenheiten. Abnehmer und Empfänger haben nach § 25 der Feldpostordnung keinen Anspruch auf Gebührende Ergänzungen. Die Abrechnung von Anzeigungen und Anmerkungen rein gewerblicher Art unter der Bezeichnung „Feldpostbrief“ ist daher unzulässig. Die Kommandobehörden und Truppenbefehlshaber sind ersucht, derartige Sendungen der Feldpost oder einer Postanstalt zu übergeben, damit gegen den Mißbrauch der Gebührenteilheit eingeschritten werden kann.

Brückenverlegung. Die Zugänge über den Eibe-Trave-Kanal ist vom Montag, dem 5. Juni, ab bis auf weiteres für den Verkehr gesperrt. Der Personenverkehr verläßt sich von morgen, 5. Juni, bis abends 9 Uhr, mit einem Ruderboot aufrecht erhalten.

Verkehr mit Auslandsmehl. Der Senat hat eine Verordnung erlassen, wonach jeder, der aus dem Ausland stammendes Roggen- oder Weizenmehl erwirbt, zum, es in seinem Gewerbebetriebe zu verwenden oder zu verarbeiten, verpflichtet ist, den Polizeiamt dieses Meehl sofort anzugeben, Väter und Söhne, die Auslandsmehl in ihrem Gewerbebetriebe verwenden, über die Verwendung dieses Meehls zu berichten zu haben.

Das aus dem Ausland eingeführte Roggen- und Weizenmehl darf unbeschränkt zur Herstellung von Kuchen und Konditoreiwaren verarbeitet und ohne Brotarten verkauft werden. Desgleichen das daraus gebackene Brot. Auslandsmehl darf aber nicht mit Inlandsmehl vermischt verkauft oder verbacken werden.

Das Einmachen ohne Zucker ist mancher Hausfrau unbekannt. Ratlos sieht sie den Mengen Rhabarber und Stachelbeeren gegenüber. Im Interesse der Volkswirtschaft ist es aber, daß nichts umkommt, darum seien einige erprobte Rezepte der Desinfektion übergeben.

Das Einmachen von Rhabarber. Der Rhabarber wird gewaschen, gepulvert und in kleine Stücke geschnitten, die man in saubere Einmachegläser legt und mit gekochtem kaltem Wasser übergießt, so, daß sie bedeckt sind. Darauf legt man ein in Salzsäure getauchtes Alispapier, gießt etwas Salzsäure darauf und verbindet die Gläser mit Pergamentpapier.

Rhabarberjaft. 3 Pfd. sauber gewaschene, gepulverte und geschnittene Rhabarberstücke werden mit 1 Liter Wasser fünf Minuten gekocht. Dann läßt man die Masse zu einem 24 Stunden stehen, gießt sie auf ein Tuch und läßt den Saft durchlaufen. Füllt ihn auf saubere Flaschen, die man 15 Minuten in Heu oder Papier mit Wasser kochen läßt. Die abgedrückten Kerben werden hierauf gekehrt und nach dem Erkalten fest hineingepreßt und die Flaschen verpackt. Man kann auch auf 1 Liter Saft 2 große Salznäpfe hinzugeben.

Das Einmachen von Stachelbeeren. Die gereinigten und gewaschenen Stachelbeeren werden mit kochendem Wasser übergossen, so, daß sie bedeckt sind, mit einem Küll-Löffel in saubere Einmachegläser gefüllt, mit Salzsäure bedeckt und mit Pergamentpapier verpackt. Das Wasser wird mit eingepreßt und muß die Beeren bedecken.

Handelsregister. Am 2. Juni 1916 ist eingetragen: 1. die Firma Carl Prior, Zweigniederlassung Lübeck, Lübeck. Die Hauptniederlassung unter der Firma Carl Prior ist in Bremen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: R. F. Schwarze in Bremen, F. W. Volting in Hamburg, E. Michaelis in Hamburg, J. Christoph, G. Steuber in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Mai 1916 begonnen; 2. bei der Firma F. C. Schacht & Co. Lübeck, Register-Nachhaber: A. J. Mich. Fabrikdirektor in Lübeck, seine Besondere ist erledigt.

Was gefunden wurde. Am Monat Mai d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeleitet bzw. angezeigt und nicht wieder abgeholt: Mehrere Geldbörsen mit Inhalt sowie 1000 Geldbeträge, 1 gold. Ring, 2 gold. Medaillonen, 2 gold. Kettenarmbänder, 5 Damenschürzen, 1 Herrenhut, mehrere Kleidungsstücke, 1 Koffer, 1 Paar Reizegen, 1 Selbstfahrer, 1 Selbstfahrer, 1 Handlaterna, 1 Taschenrechner, 1 Handfächer, 1 Korb.

Reiter, 1 Schülermütze, 3 Damengürtel, mehrere Schirme, 1 Paar Handschuhe und 1 Schuh.

Moising. Ueber „Ernährungsfragen“ sprach am Sonnabend abend in einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Genosse Mehrlein. Redner schilderte in eingehender Weise die Entwicklung der kriegswirtschaftlichen Organisation des Reiches, wobei er scharfe Kritik an den unzulänglichen Maßnahmen der Regierung übte. Er besprach die verschiedenen Gebiete der Lebensmittelversorgung und im speziellen die Lübecker Verhältnisse. Seine Ausführungen fanden allseitige Zustimmung. Es entwickelte sich eine recht anregende Debatte an der sich wiederholt die Genossen Salomon und Müller beteiligten. Während der erste Redner wohl scharf die Mängel der Organisation kritisierte aber im Rahmen des Vortragens blieb, ging der zweite Redner mehr auf die allgemeinen politischen Dinge und die inneren Verhältnisse in der Partei ein, wobei er scharfere Kampfesformen forderte. Genosse Mehrlein antwortete in seinem Schlusswort auf die vorgebrachten Klagen und wies die Ausführungen Möllers zurück, was durchaus den Beifall der Versammlung fand. Fernerhin berichtete noch der Vorsitzende Genosse Meyer über die Tätigkeit unserer Mitglieder im Kirchenausschuß. Auch fanden noch innere Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung.

Samburg. Wieder eine große Brotverfälschung fand vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Der Behörde wurden im März d. J. von der in der Grindelallee 31 belegenen Bäckerei von Paul Knuth bezogene angebliche Roggenbröte im Gewicht von 1 Kilo zur Untersuchung eingeliefert. Am hiesigen Justizamt wurde dann von Dr. Mordfeld eine Untersuchung vorgenommen, die ergab, daß das Brot aus acht Prozent Holzmehl, Steinmehlmehl, Pflanzenmehl und Getreidemehl bestand. In der dann eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung sagte ein in der Bäckerei längere Zeit beschäftigt gewesener Geselle, daß dort schauerhafte Zustände herrschten. Um bei der Mangelhaftigkeit die Produktion von 200 auf 600 Bröte täglich erhöhen zu können, sei auf 600 Bröte ein Saft Streumehl verwendet worden. Es wurde dann gegen Knuth die Anklage wegen wissentlichen Vorgehens gegen das Nahrungsmittelgesetz erhoben. In der jetzigen Verhandlung behauptet der Angeklagte, daß er das Streumehl in gutem Glauben verwendet habe, da der Vertreter des Lieferanten ihm erklärt habe, daß es sich um ein aus Weizenmehl hergestelltes Produkt handelt. Dagegen sagt der Sachverständige Dr. Mordfeld, daß jeder Saft ohne weiteres sehen könne, daß es sich um Holzmehl handelt, das gesundheitlich schädlich ist. Der als Zeuge vernommene Geselle bleibt bei seiner früheren Behauptung und fügt noch hinzu, daß das Roggenbrot zuweilen aus mit der Schale

gekochten Kartoffeln, Kartoffelmehl und einem kleinen Teil Weizenmehl hergestellt wurde. Seit einem halben Jahre seien auch zu anderen Backwaren ranzige Butter und verdorrene Eier verwendet worden. Wegen der letzteren Behauptung ist keine Anklage erhoben worden. Das Gericht ist der Ansicht, daß das Publikum in der jetzigen Kriegszeit besonders derartigen Verfälschungen gefährdet werden muß und erkannte auf 1500 Mark Geldstrafe oder 300 Tage Gefängnis. Auch wird auf Veröffentlichung des Urteils auf Kosten des Angeklagten auf einer ganzen Seite der sämtlichen Hamburger Zeitungen erkannt.

Elmsborn. Ein schwerer Unglücksfall, dem leider ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, ereignete sich am Mittwoch nachmittag in den Kühlräumen der Fleischverwertungsanstalt. Dort werden zurzeit von der Firma Stieh bedeutende Fleischporträte gelagert, wobei der erst 16 Jahre alte Arbeiter R. Brühns mit noch mehreren Arbeitskollegen beschäftigt war. Er war mit Herabnehmen des Fleisches beschäftigt und rutschte dabei aus. Er verlor nun, mit einem eisernen Haken, den er in der Hand hielt, einen Haken zu gewinnen und kam der ungeschützten elektrischen Leitung zu nahe, wobei er tot zu Boden fiel. Seine beiden Arbeitskollegen B. und Schm., die den Versuch machten, ihn aus seiner Lage zu befreien, wurden leicht betäubt, außerdem trug B. Brandwunden an der Hand davon.

Elmsborn. Vom Amte entfernt wurde hier ein Postsekretär, der im Verdacht steht, Feldpostpakete geöffnet und sich daraus Beträge angeeignet zu haben.

Seide. Beim Baden ertrunken. Der 16jährige Theodor Günther von hier ist in Reidsburg beim Baden ertrunken.

### Verlustlisten.

Erschienen sind:  
Preussische Verlustliste Nr. 346.  
Marine-Verlustliste Nr. 75.  
Sächsische Verlustliste Nr. 287.  
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.  
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Einschränkung des Fahrradverkehrs.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Gesetz betreffend Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (R. G. Bl. S. 813) wird zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit nachstehendes Verbot zur allgemeinen Kenntnis gebracht:

Jede Benutzung von Fahrrädern zu Vergnügungsfahrten (Spazierfahrten u. Ausflügen), ferner zu Sportzwecken wird verboten.

Fahrradrennen auf Rennbahnen dürfen stattfinden, wenn sie mit vorräufigen sogenannten Rennreifen (geschlossener Gummireifen ohne Luftschläuch) ausgeführt werden.

Jede Übertretung oder Aufforderung oder Anreizung zur Übertretung wird, soweit nicht die Gesetze eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Altona, den 31. Mai 1916.  
Der stellv. kommandierende General  
v. Roehl,  
General der Artillerie.

Sch erhielt die tieferschmerzende Nachricht, daß mein inniggeliebter Mann, der Wehrmann  
**Gustav Ficke**  
Major  
Inf.-Regiment 163, im 36. Lebensjahre bei einem nächtlichen Sturmangriff am 23. Mai den Heldentod erlitten hat.  
Dies betrauert von seiner Frau nebst Angehörigen.  
Auguste Ficke geb. Nikant.  
Samburg. (2669)

Deutscher  
**Transportarbeiterverband**  
Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.  
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege  
**Alfred Kalley**  
Arbeiter  
am 21. Mai 1916 gefallen ist.  
Seine feinen Andenken!  
2624) Der Vorstand.

Deutscher  
**Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.  
Am 30. Mai 1916 verstarb unser langjähriges treues Mitglied, der Meister  
**Georg Billhardt.**  
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
Am 10. Mai fiel auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser Mitglied, der Meister  
**Johannes Jührs.**  
Wir werden auch diesem Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.  
2618) Die Ortsverwaltung.

Sunderhof, wohnt zum 1. Okt. 3-Zimmer-Wohnung mit Kochgas, 240—260 Mk. Mng. unt. B R 5 an die Gp. (2620)  
**Sing-Trittnähmaschine.** zu perf. 2617) Gundelstraße 9, L.

Eine gute Nähmaschine zu verkaufen. (2614) Brohlingstr. 30, nt.

Eine Brotkarte, Nr. 79, Bezirk 13, Sonntag mittag verloren. Bitte abzugeben (2616) Göbenstr. 15.

Abendlicher Unterricht in der  
**Damen- und Herren-Modellerei** von Frau Baisch, Gundelstr. 45, pt. Musterzeichnen und Zuschneiden (mit Damen- u. Kindermodellen). Tag- u. Abendkursus. (2622)

Photographien—Postkarten Vergrößerungen nach jedem Bilde in leinst. Ausführung zu kleinst. Preis.  
**Atelier Modern**  
39 Breite Straße 39.  
Haus Hirschfeld. (2613)

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. (2611) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.  
**Hermann Voß,**  
Uhrmacher, Rixstr. 71

Feinste Dorsch . Wfd. 60 g  
Goldbutt Wfd. 40, 50, 60 g  
Goldbutt, große . Wfd. 70 g  
Johannes Boy, Marktthallem. 46.

Taschenuhren  
Wanduhren  
Goldwaren  
Silberwaren  
Verlobungsringe  
empfehlen billigst  
**Willy Westfeling.**  
Uhren-Reparaturen bill. (32) Holstenstraße. (32)

Näh-Ahle Stepperin.  
D.R.G.M. Patent angem.  
Oesterr.-Ungarn.  
Zerriß. Schuhm., Zügel, Gelckirre, Pferde- und Wagenbed., Fahrradmtl. Stoffe, Filz usw. ganz leicht selbst auszubereiten. Schönster Steppstich wie mit Maschine. Als prakt. Werkzeug tägl. neu anerkannt; sehr handl., solid u. dauerhaft konstruiert. Garantie f. Brauchbarkeit; zahlr. Nachbestell. Sehr beliebt als Liebesg., ins Feld. Preis M 2.50 mit verschiedenen Nadeln, verpackt u. postfrei. (2610) Man bestelle „Marke Stepperin“, diese ist nicht zu verwechseln mit merisoi., plump. Erzeugnissen.  
**Johann Zucker,**  
Stuttgart-Botnang.

**Der Friede und die Internationale**  
Von Hugo Poetzsch.  
Preis 10 Pfg.  
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

# Zu Sommerpreisen

empfehle

## Koks

## Anthracit-Kohlen

## Braunkohlen-Briketts

# Heinrich Diestel.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Die Erledigung der neuen Steuern.

Am Freitag hatte der Reichstag die Hauptmasse der neuen Steuern erledigt; es blieb noch ein Rest von Verbrauchs- und Verkehrssteuern, der am Sonnabend zur Bewilligung gelangte. Die Tabaksteuer, die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren und der Frachtfundentempel. Die Sozialdemokratie lehnte sämtliche drei Vorlagen als volks- und verkehrsfreundlich ab und die Redner beider Fraktionen begründeten diesen Standpunkt in ausführlicher Weise. Namens der sozialdemokratischen Fraktion hatte schon am Schluß der Freitag-Sitzung Genosse Deichmann die schwerwiegenden Bedenken gegen eine Neubelastung des Tabaks dargelegt. Das gleiche tat zu Beginn der Sonnabend-Sitzung Genosse Henke für die Arbeitsgemeinschaft. Beide Redner betonten die ruinösen Folgen der geplanten Steuer für die Tabakindustrie und namentlich die in ihr beschäftigten Arbeiter, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse infolge der Steuererhöhung von mannigfaltigen Verschlechterungen bedroht würden. Die bürgerlichen Parteien lehnten es ab, sich auf einen Redekampf einzulassen, wie sie denn überhaupt ziemlich Gleichgültigkeit an den Tag legten, die sich durch zahlreiche Privatgespräche und lebhaftes Umrufen im Hause ausdrückte; sie überließen die Verteidigung ihres Steuerkompromisses im wesentlichen dem Staatssekretär Dr. Helfferich, der denn auch, wie dies schon am Vortage Genosse Cohen treffend charakterisiert hatte, ziemlich „von oben herab“ die sozialdemokratischen Einwendungen abtat. Nur die Fortschrittler, die ja neuerdings vielfach den Beruf in sich zu verspüren scheinen, den bürgerlichen Blod nach außen hin zu repräsentieren, kamen dem Staatssekretär von Zeit zu Zeit zu Hilfe, bei der Tabaksteuer durch den Abg. Haas, bei der Postgebührenerhöhung durch den Abg. Karsen. Gegen die letztere vertraten die Genossen Buch-Dresden (Soz.) und Vogt (Soz. A.) den Standpunkt der Sozialdemokratie, der die Belastung des Verkehrs grundsätzlich verwirft. Ein sozialdemokratischer Antrag, der mit der Postgebührenerhöhung der Bundesfürsten aufträmen will, wurde von Herrn Dr. Helfferich lebhaft bekämpft, der sich sogar dazu verriet, in der Annahme eines solchen Antrages ein „Ausnahmegesetz gegen die Landesfürsten“ zu erblicken. Das Haus lehnte denn auch den sozialdemokratischen Antrag ab, fand sich aber immerhin bereit, einen gleichgerichteten Wunsch in Form einer Resolution auszudrücken. Mit knapper Mehrheit fand auch eine Resolution auf Einführung einheitlicher Postwertzeichen Annahme, obwohl der Zentrumsabg. Meyer-Kauffbeuren wie ein bayerischer Löwe für das bayerische Reservatrecht kämpfte. Im übrigen wurde die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren von dem bürgerlichen Steuerblod glatt bewilligt, ebenso der Frachtfundentempel, gegen dessen Einführung Genosse Reichhaus mit treffenden Argumenten sprach. Damit waren die Steuervorlagen erledigt.

Es folgten noch einige Etatpositionen von geringerer Bedeutung (Etat der Reichsschuldenverwaltung, Etat der allgemeinen Finanzverwaltung), die debattelos Annahme fanden. Ferner die dritte Lesung des Kaligesezes. Bei der zweiten Beratung des Gesetzes betreffend die Herabsetzung der Altersgrenze wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Herabsetzung der Wertzeit von 1200 auf 1000 Beitragswochen fordert, abgelehnt, das Gesetz im übrigen angenommen. Den Schluß der Beratungen bildete die Annahme des Kapitalabfindungsgesetzes, das Genosse Bauer für die sozialdemokratische Fraktion trotz einiger geringerer Bedenken befürwortete, während die Arbeitsgemeinschaft durch Genossen Henke einen ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck brachte. Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

Sonnabend, den 3. Juni.  
58. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.  
Im Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Helfferich.  
Die zweite Lesung des Gesetzes über die

Erhöhung der Tabakabgabe

wird fortgesetzt.  
Abg. Henke (Soz. Arb.): Ueber die Leiden der Industrie durch die neue Tabaksteuerung geht man hier recht sorglos fort. Es wird ein starker Rückgang der Produktion eintreten, was zur Arbeitslosigkeit und Vernichtung zahlreicher Mittelstandserwerbungen führen wird. Selbst Herr Gothein warnte im „Berl. Tageblatt“ vor dieser Steuerpolitik, durch die die Sozialdemokratie von der Mitarbeit ausgeschlossen werden muß. Welche Gefühle muß diese Vorlage bei den Tabakarbeitern und Händlern hervorrufen, die im Schützengraben täglich bereit sind, ihr Leben hinzugeben. Eine Unsumme des gleichenden Hasses wird die Folge dieser Vorlage sein. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die großen Redner will man hier für ihre Einbußen infolge des Krieges entschädigen, an eine Entschädigung der Tabakarbeiter und Tabakhändler aber denkt niemand. Wer solche Geheißgebung mitmacht, kann gar kein Gewissen haben. (Präsident Dr. Kämpfer ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.) Dauern sind die Kosten der Lebenshaltung gestiegen, weit über das Maß der geringen Lohnsteigerung der Tabakarbeiter. Während in der Hausindustrie im allgemeinen die Kinderarbeit abnimmt, nimmt sie in der Tabakindustrie zu. (Hört, hört! bei den Soz.) Dasselbe ist der Fall bei der Frauenarbeit und ihrem Gesolge von starker Säuglingssterblichkeit. Statt eine besondere Fürsorge für die Säuglinge eintreten zu lassen, macht man Geheiß, durch die die Säuglingssterblichkeit vermehrt werden muß. Selbst wenn wir gar nichts darüber sagten, muß diese Vorlage doch zum Klassenhaß aufregen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Den deutschen Tabakbau will man mit dieser Vorlage lähmen. Aber die deutschen Tabakbauern sollten lieber Feldbrüchte bauen, denn den deutschen Tabak zu rauchen, dazu gehört eine große nationale Aufzuchtungsanstalt. (Heiterkeit.) Die Wohlhabenden rauchen ihn auch nicht, wenigstens nicht mit Bewußtsein. In unserem Rechtsstaat haben die Proletarier und Clenden mindere Rechte, dagegen sitzen die Hauptinteressenten an der Auspönerung der Volksmassen gerade dort, wo man die Geheiß macht. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Wir können in der Tabakindustrie eine Verhängung der militärischen Reaktion und eine ungeheure Vermehrung der Steuerbelastung zungunsten der Minderbemittelten feststellen. Diese Geheißgebung mit ihrer gefährlichen Aufregung zum Klassenhaß wird ein Nagel sein zum Grab der bürgerlichen Gesellschaft. (Lebh. Beifall bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Bei der Ordnung der Reichsfinanzen kann am Tabak unter keinen Umständen vorbeigegangen werden. Bei uns ist er mit 223 Mk. pro Kopf belastet, in England mit 10,45 Mk. (Hört, hört!) Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt ist sicherlich am geeignetsten zur Erhöhung der Tabakabgabe, da die Zahl der Tabakarbeiter sehr erheblich gestiegen ist und ein Rückschlag durch Spekulation, wie bei den früheren Steuererhebungen, diesmal ausgeschlossen ist. Herr Henke spricht von der Auspönerung der Massen durch diese Vorlage. Etwas Maß, meine Herren! Die Vorlage bringt für eine Zigarre eine Belastung von 0,36 Pfg. (Hört, hört!) Wenn unsere Feldgrauen, die täglich ihr Leben einlegen, zurückkehren, so werden sie sicherlich ein anderes Augenmaß für diese Dinge mitbringen, als die Sozialdemokraten zu beizien scheinen. (Stavol!)

Abg. Dr. Haas (Wpt.): Wir haben uns die Steuern weit sorgfamer überlegt als die Herren von der Arbeitsgemeinschaft, die einfach alles ablehnen. Ein Verlangen des Reichstages im gegenwärtigen Augenblick wäre eine Bankrotterklärung des Parlamentarismus überhaupt. (Sehr richtig! bei der Wpt.) Hätte die Sozialdemokratie die Mehrheit und müßte sie die Verantwortung tragen, so hätte sie sicherlich diese Steuern auch gemacht (Widerpruch bei den Soz.), denn mit direkten Steuern allein kann das Reich nicht auskommen. (Beifall bei der Wpt.)  
Abg. Antik (Soz.): Der Staatssekretär scheint unsere Gründe für die Ablehnung der Vorlage noch immer nicht begreifen zu können. Man sagt, das Tabakgewerbe kann während des Krieges eine neue Auflage ertragen. Die Befehenden wollen eben die Opfer des Krieges nicht selbst tragen, sondern sie aus den Taschen der Armen bezahlen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Reichen sollen geschont werden, das ist die Grundtendenz der Vorlage. Alle Verlegungen, daß die Reichen schon genug belastet sind, helfen darüber nicht hinweg und beweisen nur, daß auch dieser Staatssekretär sich lediglich als Beauftragter der befehenden

Klassen fühlt. An dem Schutze unserer Grenzen haben vor allem doch die ein Interesse, die die Millionen- und Milliardengewinne einstecken. Anstatt diese nun auch zu den Kosten heranzuziehen, bekommen wir neue Verbrauchs- und Verkehrssteuern für das außerordentlich schwer geplagte und darbenbe Volk. Die Arbeiter und der Mittelstand bekommen durch diese Tabaksteuervorlage eine neue große Last aufgebürdet. Der Hinweis des Staatssekretärs auf England ist ganz verfehlt. In England wird kaum die Hälfte des Tabaks pro Kopf konsumiert wie bei uns. In Deutschland sind in der Tabakindustrie 225 000 Arbeiter beschäftigt, das sind nur 20 000 weniger als in Frankreich, Oesterreich, Italien und den Vereinigten Staaten zusammengenommen. (Lebh. Hört, hört!) Hier spielt die Tabakindustrie eine ganz andere Rolle. Nach der außerordentlichen Belastung durch diese Vorlage wird man für 10 Pfg. eine anständige Zigarre gar nicht mehr bekommen können. Schon während des Krieges ist die 5-Pfg.-Zigarre auf 7 Pfg. gestiegen und entsprechend die teuren Sorten. (Hört, hört!) Der Rückgang des Verbrauchs ist daher schon heute zu bemerken. Daß wir einen solchen Rückgang, wie bei jeder Vorlage, wiederum bekommen werden, darüber helfen alle Redereien des Staatssekretärs nicht hinweg. Nur die großen kapitalträchtigen Betriebe haben von den Steuererhöhungen Vorteil gehabt, die Mittel- und kleinen Betriebe sind immer zurückgegangen. So haben gerade die Parteien zur Zerstörung des Mittelstandes beigetragen, die den Mittelstandsschutz bei den Wahlen in geradezu marktschreierlicher Weise auf ihre Fahnen schreiben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Löhne der Tabakarbeiter, die der Staatssekretär anführte, zeigen deutlich, daß eine auch nur einigermaßen menschenwürdige Lebenshaltung damit völlig unmöglich ist. Auch nach Inkrafttreten dieser Steuervorlage werden wieder Zehntausende arbeitslos werden, wenn nicht jetzt, so doch unmittelbar nach dem Kriege, der ja nicht ewig dauern wird und nicht ewig dauern darf. Die Behauptung zu wiederholen, daß die Organisation der Tabakinteressenten sich mit dieser Steuervorlage einverstanden erklärt hat, dazu gehört eine eiserne Stirn. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es handelt sich da nur um eine winzige Zahl von Tabakinteressenten, um eine Handvoll Großfabrikanten. Die ganze Vorlage ist ja nur ein Abklatsch des Vorschlages des Deutschen Tabakvereins unter Führung des Senators Birman, in dem die großen und allergrößten Fabrikanten sitzen, sie ist also das ureigene Produkt interessierter Großindustrieller und Großkapitalisten. Aber selbst da hat sich eine heftige Opposition erhoben, die nur durch die Drohung zum Schweigen gebracht wurde, die Regierung würde sonst noch eine schlimmere Steuervorlage bringen. Es handelt sich da also geradezu um einen Erpressungsversuch. (Vizepräsident Dove: Sie dürfen der Regierung auch nicht in bedingter Weise eine strafbare Handlung vorwerfen.) Was haben diese Großindustriellen nicht allein an den Heereslieferungen verdient. Was für Preise sind da bezahlt worden, und was für elende Qualitäten wurden geliefert, namentlich bei dem Liebesgaben. Vieles sind mir solche aus den Schützengräben zugefallen, aber mein Verstand, sie zu rauchen, ist mir recht übel bekommen. (Heiterkeit.) Die Großfabrikanten schaffen sich mit dieser Steuervorlage die kleinen Kontrahenten vom Hals und können dann die Preise beliebig erhöhen. Schon jetzt können die kleinen und mittleren Geschäfte nur noch durch den Verdienst an den Zigaretten bestehen und jetzt soll ihnen auch noch die Möglichkeit durch die Steuerzuschläge für Zigaretten genommen werden. Das nennt man dann Mittelstandspolitik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schon immer hat die Regierung die Interessen der Zigaretten- und Zigaretteninteressenten gegeneinander ausgepielt und dadurch ihre Steuervorlagen durchgedrückt. Auch jetzt will man die Zigarette wieder besteuern, um den Uebergang von der Zigarre zur Zigarette zu erschweren. Auch hier werden die Arbeiter wiederum betroffen und zwar sowohl als Produzenten wie als Konsumenten. Denn die billigen Zigaretten von 1 bis 1½ Pfg. werden nicht von den reichen Kommerzianten geraucht, sondern von den Armien der Armen. Wir haben nach dem Krieg mit dem Abnehmen des Zigarettenmonopols zu rechnen, und je weniger kleine Zigarettenfabrikanten dann vorhanden sind, um so leichter wird es durchführbar sein. Deshalb liegt die Zerstörung der kleinen Zigarettenfabriken im Interesse der Regierung. Freilich werden dadurch auch Tausende von Arbeiterfamilien brotlos. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ungeachtet dieser verheerenden Wirkungen der Tabaksteuervorlage mag es der Staatssekretär noch zu sagen, daß das Volk diese Belastung ohne Murren ertragen wird. Er wird bald eines Besseren belehrt werden, der Unmut des Volkes ist heute schon sehr groß und wird sich nach dem Kriege bei den Wahlen sehr deutlich zeigen. Wenn die kleinen Gewerbetreibenden erst aus dem Schützengraben zurückkehren, dann werden Sie

Der Wermolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Häring).

84. Fortsetzung.  
Wind, Regen und Schnee peitschten um einen Leiterwagen, der mit vier quergepannten Pferden über Wege und Felder in der Richtung gen Abend fuhr, aber selten die Dörfer berührte. Zwei Bäuerinnen saßen, verhüllt in ihre Tücher und Mäntel, auf einem Strohhund, während neben dem Fuhrknecht ein anderer Bauer ihn zur Hast antrieb und seine Blide aufmerksam überallhin schweiften ließ.  
„Wenn nur der Regen nachließ“, jagte die Jüngere wie tröstend zu der Älteren. „Vielleicht sind wir dort im Walde geblieben.“  
„Wünscht nicht, daß es schneit, der Schnee würde uns verzaubern“, sagte der Mann neben dem Kutscher, der der Junter von Dolzig war.  
„Werden wir denn verfolgt!“ sprach die Kurfürstin. Sie konnte sich nicht umhauen, der Regen, der durch Tücher und Mäntel in ihre Halsberge drang, hatte ihren Naden heiß gemacht. Eva blidete oft zurück und schielte dann auf den Junter, was dessen Miene jage. Er sah sehr um sich.  
„Es ist nicht richtig.“  
„Seht Ihr sie, Dolzig?“  
„Ich sah ihrer viele schon. Es ist etwas los. Aber sie haben uns und stehen uns doch ungehört weiter. Muß noch was anderes sein.“  
„O weiter, weiter!“  
Der Bauer murkte und peitschte doch seine todmüden Pferde, mehr dem Anschein nach von der drohenden Bewegung der rechten Hand des Junters erschreckt, als von der lodenden in seiner linken angeregt. In dieser hing ein lederner Geldbeutel, jense drückte einen Dolch.  
Der Wagen rollte durch einen tiefen Hohlweg, die Bäume schüttelten ihre dicken Tropfen auf die schon Durchnässten; über den Wurzeln trachte und flog das Fahrzeug. Die Erschütterung gab den halb Erschrockenen wieder Lebenskräfte, aber die Kräfte der Tiere schienen erschöpft, als sie den Wagen endlich zur freien Höhe hinaufgezogen. Und der Weg ging noch immer höher, und die Luft blies jetzt kalt, und ein heller Schnee wirbelte aus den niedrigen Wolken. Mit Besorgnis sah Eva, wie die Spur der Wagenräder immer deutlicher ward. Hans Dolzig antwortete nicht auf ihre Fragen, er sah nur nach rückwärts.  
„Eva, Eva!“ rief die Kurfürstin. „Was ist's? Sieht du sie?“  
Der Wald, den sie passierte, lag wie ein dunkler Grund hinter ihnen zu Füßen; auch das Hochfeld jenseits hatte ein weißes Kleid angezogen, und Eva konnte dunkle Gestalten zu Fuß darauf bewegen sehen. Hans Dolzig aber hatte, fast zu antworten, die Fasel dem Bauer fortgenommen, die Peitsche riß er

auch aus seiner Hand, und im Sitz sich erhebend, ließ er Schläge auf die Pferde hageln.  
„Jesus, mein Heiland, was ist das!“  
Der Wagen dröhnte, der neue Fuhrmann war im Eifer an ein verschneites, steinernes Heiligenbild gefahren, daß das Rad frachte und ein scharfer Ruck sie in die Höhe hob. Der Wagen stürzte nicht, aber das Reißel war von der Erschütterung gerippen. Hans Dolzig war mit einem Fluch und einem Satz vom Wagen: „Einen Strid, einen Strid!“ Das Reißel ließ sich nicht mehr zusammennehmen. Der Bauer hatte keinen zweiten Strid. Vergebens stampfte, drohte, knirschte der Junter, vergebens suchte er im Stroh umher; da riß sich die Kurfürstin ihr Hund vom Kopfe und reichte es ihm: „Es wird lang genug sein, es wird ausreichen. Schnell, Dolzig, um Gottes willen rette mich.“  
Während der Junter das neue Reißel festnotete, blidete Frau Elisabeth fast erschreckt auf das steinerne Bild, an das der Wagen geprellt: „Steh, Eva, die Jungfrau Maria züht.“  
„Nein, gnädigste Frau, seht, wie sie Euch ihren Sohn entgegenhält. Ihr sollt an dem festhalten, und er lächelt Euch zu.“  
Noch schwang sich Hans Dolzig nicht wieder in den Sitz, er stieg auf den Wagen, er rührte die Rippen an. Die schwarze Waise über Bord: „Es muß so sein, gnädige Frau!“ — Sie leuchtete ihr karmesinammet Hochzeitskleid rollte als Ballast in den Schnee. „Das letzte Zeichen unseres Freudentages!“ dachte sie; „der Jigener wird es aufgreifen, der Puppenpieler wird es kaufen, es wird von Hand zu Hand wandern. Es wird endlich als Lumpen an der Heide flattern. Was ist das Los und Ziel der Frucht und Herrlichkeit auf Erden!“  
Als Hans Dolzig auf den Sitz sprang, warf er noch etwas über Bord. Der Bauer, dem doch der Regen gehörte, flog unkanst in den Schnee: „Nicht kennt kein Gebot, dachte er, und: „Du bist uns nichts mehr nutz“, sprach er laut. Was der Bauer gedacht, ist uns nicht gesagt. Als er sich aufrichtete, fand er aber doch den Geldbeutel neben sich.  
Der erleichterte Wagen flog durch den Schnee. Am Walde lenkte der Junter plötzlich. „Eints, links!“ rief Eva, die die Gegend kannte. „Wir sind auf dem Flemming, die Höhen dort sind schon schiffsig.“ Hans Dolzig achtete nicht darauf; erst als die Höhen sie verbargen und der Wagen langsam durch den Sand fuhr, sprach er zurück: „Nach Sachsen kommen wir nicht mehr durch, wir müssen nach Jrag. Von dort hilft Gott weiter.“ Das dachte Eva auch, und war zufrieden.  
Und wohin waren die beiden Ritter geraten, welche ihrem Gefolge voran, in den Wald sich gürten? Sie hatten nicht nur die Spuren des Wagens, auch den Weg verloren. Anruzig überzogen die entlaufnen Heste den Platz und die Eichen spalteten ihre Zweige zwischen dem verräterischen Moosgrunde. Da machte der erste Ritter, der doch des Weges kundig sein mußte, Halt, und sprang vom Ross; einen Schritt weiter, und das Tier

wäre mit den Vorderbeinen im Sumpf ungesunken. Und der andere folgte ihm, denn sie waren auf einer Insel in ein Moor geraten, wo selbst eine unvorsichtige Umkehr nicht ohne Gefahr gewesen. Einen Augenblick warf der ältere Ritter einen argwöhnischen Blick auf den jüngeren und sagte unwillkürlich an seinen Dolch; aber es war nur die Züdung des Momentes, er schien sich dessen zu schämen und lehnte sich, um auszuruhen und Atem zu schöpfen, über den Sattel.  
„Du hast mich irr geführt, Hans Jürgen.“  
„Ja — wir verloren die Spur.“  
„Mit Absicht und Willen hast du mich falsch geführt.“  
„Ich kann's nicht leugnen, noch will ich's.“  
„Wagst du, mir ins Gesicht zu schauen?“  
Hans Jürgen wagte es: „Ich tat's, ich bekenn's, mich reut's nicht, und du bist mein Richter, sprich.“  
„Zuvor will ich deine Verteidigung hören.“  
„Die ist kurz, Herr Markgraf. Ihr entleert mich Eures Dienstes, heut mit der Morgenstunde. Des Dienstes meiner gnädigen Frau habt Ihr mich nicht entlassen; im Gegenteile, Ihr wisst mich an, Ihr treu zu dienen, wie meine Pflicht. Das tat ich, und in ihren höchsten Nöten; denn so ich Euch hier nicht irr geführt, hätte Ihr sie erreicht und gefangen nach Berlin geschleppt. Was Gott verhüte, daß es heut und je geschehe.“  
„Schlecht verteidigt. Du bleibst, wenn nicht mein Diener, mein Bajall. Auch als ich dich mit zu folgen berief, nahmst du stillschweigend dich wieder in meinen Dienst. Verteidige dich besser.“  
„Ich kann's“, rief Hans Jürgen und hielt die Hand an seine Brust. „Nicht um Hretwillen, um Euretwillen tat ich's, keines Lehnsherrn Ehre wahren, ist des Rajallen erste Pflicht; leitet Herrion Wohlergehen und seines Hauses Glück, wo er kann, seine nächste. Ihr, Herr Markgraf, habt Eure und Eures Hauses Ehre aufs Spiel gesetzt. Euer Gemahl hat Ihr gerichtet und ihm gedroht, wie der schlechtesten Magd; ob Ihr dazu recht hattet, das weiß ich nicht, aber ich weiß, es tat's keiner der alten Fürsten vor Euch. Und im Recht wart Ihr immer, daß Ihr's vor aller Ohren tattet; Ihr wart in großem Unrecht. Und endlich habt Ihr Euch herabgewürdigt, daß Ihr Euch selbst zum Büttel gemacht und ihr nachgejagt seid in Eurem Jähzorn. Das sage ich nur unter diesen alten Bäumen, die kein Ohr haben, und keinen Sinn, es zu verstehen, und mag's sein, daß ich ein Verbrechen begehe, daß ich es sage. Wo aber so viele gar nichts ihrem Fürsten sagen, damit sie sich nicht den Mund verbrennen, ist's nicht vom Schlimmen, wenn einer zu viel sagt. Ich hab's gesagt, und wenn ich mich mehr drum verbrannt als den Mund. Und ich hab's getan, und ich rühme mich des, denn ich tat's um Euretwillen, daß ich Euch die Schande und Schmach erpante, und unsern Volk dazu, denn an Euch siele es, und Ihr trügt schwerer daran — und nun hab ich Euch noch die Reue erspart, denn die kommt immer hinterher, wenn einer zu schamlos bestanden hat.“ (Fortsetzung folgt.)

Im blauen Wunder erleben. Wenn Sie das Drohen des Unmuts nicht hören, so danken Sie das nur der schrankenlosen Zensur. Immer weiterer Kreise bemächtigt sich der Gedanke, daß alle kühneren Kriegssopfer von den kleinen Leuten gebracht werden für ein Vaterland, das, wie auch diese Vorlage zeigt, nur ein Vaterland der Reichen ist. Schon jetzt ist dieser Gedanke weit verbreitet unter den Arbeitern dahem und im Schützengraben. Das deutsche Volk verlangt in dieser schweren Zeit, nicht mit Verbrauchs- und Verkehrssteuern neu belastet zu werden; das Volk will, daß die Lasten des Krieges auf von den Nutznießern des Krieges, den Reichen Leuten, getragen wird. Das Volk lehnt diese Vorlage ab, weil es sich nicht auch ein letztes Genüßmittel will verteuern lassen. Das arbeitende Volk verlangt vom Reichstag gebieterisch die Ablehnung dieser indirekten Steueranlage und statt dessen ausgehende Ernährung, Freiheit und Frieden. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Abg. Henke (Soz. Arb.): In der Kommission hat die Regierung versprochen, den im Felde stehenden Geschäftsleuten solle möglichst Urlaub für die Ordnung ihrer geschäftlichen Angelegenheiten gewährt werden. Ich bitte den Staatssekretär, sich hierfür nachdrücklich bei den militärischen Stellen zu verwenden. Der Staatssekretär scheint Wert darauf zu legen, gegen die Sozialdemokraten einen Ton anzuschlagen, der ihm den Beifall der Rechten sichert. Sein Urteil über unsere ihm natürlich nicht angenehme Kritik läßt uns völlig kalt. Herr Wührmann hat zwei Seelen, eine als Großfabrikant und eine als Senator. Ich habe lebhaft auf die erste Bezug genommen. Wenn meine Kritik auf den Staatssekretär keinen Eindruck macht, so zweifle ich nicht, daß seine Kritik auf eine gewisse andere sehr großen Eindruck machen wird, und das scheint dem Staatssekretär die Hauptsache zu sein. Persona grata bei der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft zu werden, darauf legt er keinen Wert, viel mehr aber auf den Beifall im Hauptquartier. Die Erhöhung der Löhne der Tabakarbeiter haben wir nie bestritten, sondern haben nur betont, daß diese Erhöhung nicht im entsprechenden Verhältnis zur Verteuerung der Lebenshaltung steht. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Abgeordneter Haas meinte, wir hätten für die Steuern gestimmt, wenn wir die Mehrheit und damit die Verantwortung hätten. Ja, wenn! Wenn wir die Mehrheit hätten, wäre manches anders geworden. Vor allem haben wir von Anfang an erklärt, daß wir die Verantwortung für all das Unangenehme, was die bürgerlichen Parteien selbst auszubringen haben, ablehnen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Forderung, daß die Gewerbetreibenden der Tabakindustrie nach Möglichkeit aus dem Felde zur Regelung ihrer Verhältnisse beurlaubt werden mögen, hätte hier nicht von neuem erhoben zu werden brauchen, denn diese Forderung ist bereits in der Kommission vom Kriegsminister geheißen worden. Der Redner glaubte mir zu erwidern zu sollen, daß ich mich mit besonderer Freude gerade gegen die Herren Sozialdemokraten richte, um irgendwas persona grata zu sein. Ich glaube, daß ich hier im Hause hinreichend bekannt bin, und man wohl auf allen Seiten weiß, daß ich meinen Standpunkt, den mein Gewissen vorschreibt, nach jeder Seite hin mit dem Maßstab, der ich für richtig halte, zu vertreten weiß. (Bravo!) Im übrigen werden unsere Forderungen für das jetzige Kriegsjahr davon abhängen, daß die Kriegsinteressen eine Verlängerung des Krieges herbeiführen, ebensowenig Verständnis haben wir dafür, daß die Freunde des Herrn Henke hier stehen, wenn hier die Rede ist von großen Erfolgen anderer Plätze und von den Toten, die dabei zu beklagen sind. (Lebhaft Beifall regt.)

Abg. Reiser-Hertold (Natl.): Diesmal wird die Folge der geringen Besteuerung des Tabaks höher keine große Scheitlungsbedeutung haben. Würde man den Tabak allerdings noch einmal steuern lassen, so würden unabweisbare Folgen eintreten. Wir sehen diese Steuer als endgültig an und erwarten, daß man den Tabak nicht zur Verhütung bringen wird.

Die Tabaksteueranlage wird hierauf angenommen. Es folgt die zweite Beratung der außerordentlichen Reichsangelegenheiten auf Tele- und Telegraphenangelegenheiten.

Abg. Sud (Soz.): Das Reichsrecht hat kürzlich selbst herausgefunden, daß der Reichsverband sich gerade infolge der Beihilfen und Beihilfen in gewissem Maße entwickelt habe. Das trifft für die Einrichtungen der Post- und Telegraphenverwaltung zu. Unsere Ablehnung der indirekten Steuern beruht auf rechtlicher Grundlage, dagegen ist es ein ganz ungesetzliches Dogma, daß das Reich keine direkten Steuern erheben dürfe. Die Beihilfen werden hierüber hinweggehen. (Sehr wahr! bei der Soz.) Eine Ausnahme für gewerbliche Vereine, Gewerkschaften usw. von dieser Kriegssatzung hat man abgelehnt, dagegen wird man die Ämter weiter auch bei dieser Kriegssatzung dem Posten beibehalten. Wir erwarten die Beilegung dieser Angelegenheit. Der von der Kommission beantragten Einführung einzelner Postwertzeichen für das ganze Reich können wir zu. Wir können die Verträge notwendig schließen. Gerade jetzt im Krieges dürfte man eine weitere Schöpfung des Reiches vermeiden. (Bravo! bei der Soz.)

Abg. Carstens (Natl.): Der Antrag der Vorlage ist, daß in das Feld auf einjährige und dreijährige Weite der Kriegsdienst gehen soll. Ähnlich haben auch wir kürzlich Beschlüsse gegen die Vorlage. Sie wird vor allem den Mittelstand besonders betreffen. Wir können aber dem Kommando zu entsprechen, wenn wir entsprechende Willkürmaßnahme in dieser Hinsicht treffen.

Der von Abg. Vogler (Soz. A.) gestellte Vorschlag wird nicht angenommen.

Abg. Vogler (Soz. A.): Die Vorlage wird über eine Entscheidung des Reichstages stehen und die einmal beschlossene Regelung wird wahrscheinlich auch eine dauernde sein. (Sehr wahr! bei der Soz. A.) Wir verlangen die vollständige Beilegung der Angelegenheit der Ämter, um der Reichsverwaltung und Reichsbehörden Ruhe zu verschaffen. (Sehr wahr! bei der Soz. A.) In der Kommission wurde bereits eine Ämterverwaltungsgesetzgebung dieses Gesetzes hinsichtlich auf die Posten durchgeführt. Das ist die erste und dabei soll die, die auf Seiten der Ämterverwaltung überlassen habe. (Sehr wahr! bei der Soz. A.) Die Ämter haben sich hinsichtlich der Regelung des Reichsverbandes und des Reichsverbandes in der Kommission nicht geäußert, daß es die Kriegssatzung nicht ändern wollen. (Beifall regt.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn man die Posten in der Reichsverwaltung zu ändern wünscht, so wird das ein Hauptgegenstand gegen die Ämter sein. (Sehr wahr! bei der Soz.) Die Ämter haben sich hinsichtlich der Regelung des Reichsverbandes und des Reichsverbandes in der Kommission nicht geäußert, daß es die Kriegssatzung nicht ändern wollen. (Beifall regt.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn man die Posten in der Reichsverwaltung zu ändern wünscht, so wird das ein Hauptgegenstand gegen die Ämter sein. (Sehr wahr! bei der Soz.) Die Ämter haben sich hinsichtlich der Regelung des Reichsverbandes und des Reichsverbandes in der Kommission nicht geäußert, daß es die Kriegssatzung nicht ändern wollen. (Beifall regt.)

Abg. Meyer-Kamper (Zentr.) mit dem Hinweis, das jetzige Reichsrecht ist eine bessere Regelung für die Kriegssatzung.

Abg. Meißner (Soz.): Hier wird nicht das Reichsrecht, sondern nur die entsprechende Anwendung in Frage. Die Kommission wird angenommen.

Es folgt die Beratung der Kriegssatzungsgesetze.

Abg. Reichhaus (Soz.): Auch diese Gesetz ist eine auf dem Feld und Felder, gegen die mit uns bisher grundsätzlich wurden. Gesetz muß nicht die notwendige Lösung für das Reich anbringen, das heute aber durch die Kriegssatzung gegeben. (Sehr wahr! bei der Soz.) Wenn, das die Gesetz, nur eine notwendige

gehende sein soll, glaube ich nicht recht. Auf alle Fälle haben wir den Antrag eingebracht, die Zeitdauer dieser Steuer zu befristen. Abg. Carstens (Natl.) befristet die Vorlage mit dem Hinweis, daß Handel und Verkehr nur sehr wenig davon betroffen werden.

Das Gesetz wird unter Ablehnung des Antrags Abrecht (Soz.) auf Befristung abgelehnt.

Debatteles wird hierauf der Etat der Reichsbehörden, der allgemeinen Finanzverwaltung und des Staatsgesetz bewilligt. Eine Resolution der Kommission, die für die Bewilligung von Kriegsbeihilfen festgesetzten Einkommensgrenzen zu erhöhen, wird angenommen.

Hierauf wird in dritter Lesung die Novelle zum Kaltegesetz debattiert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betr. Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr beim Versicherungsrecht.

Abg. Wolkenuhr (Soz.): Entsprechend dieser Herabsetzung der Altersgrenze beantrage ich hier auch die Karenzzeit für den Bezug der Altersgrenze von 1200 auf 1000 Wochen herabzusetzen. In dem Falle werden namentlich die älteren Leute, die erfahrungsmäßig schwer Arbeit finden, geschädigt, weil sie sonst beim Eintritt des 65. Lebensjahres die notwendige Zahl von Beitragsmarken nicht nachweisen können. Ich beschränke mich heute auf diesen Antrag, ohne unsere alte Forderung auf Erhöhung der Waisenrente deshalb fallen zu lassen. Beträgt doch der Ueberschuß der von der Versicherung angeammelt ist, 263 Millionen Mark. (Sehr wahr! bei der Soz.)

Geheimrat Kurin wendet sich gegen die Herabsetzung der Karenzzeit.

Abg. Buchner (Soz. A.): Gerade im Interesse der Familien der Armen müßte der Antrag Wolkenuhr angenommen werden.

Unter Ablehnung des Antrags Wolkenuhr wird das Gesetz angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Kapitalabfindungsgesetzes.

Abg. Bauer (Soz.): Das Gesetz hat in der Kommission auf unsere Anregung eine Reihe wesentlicher Verbesserungen erfahren. Damit ein Kriegsgeheimlicher sich nicht selbst durch Belastung seines Grundbesitzes gar zu leicht an den Beifall bringt, haben wir im Verein mit anderen Parteien heute noch beantragt, die schnelle Weiterentwicklung durch besondere Maßnahmen zu verhindern und die Genesung der oberen Vermögensschichten zu binden. Das Gesetz kommt einem starken Bedürfnis entgegen namentlich aus der häßlichen Bevölkerung. Den Männern, die im Krieg ihre Gesundheit geopfert haben, gehört unter Dank. Einen Teil dieses Dankes leisten wir ab durch die Verabschiedung dieses Gesetzes. (Bravo! h. d. Soz.)

General v. Langermann erklärt, daß die Regierung den Antrag Bauer ablehnt.

Abg. Dr. Kigolowsky (Natl.): Das Ausnahmerecht gegen die Polen in diesem Gesetz nicht befristet; wir werden uns daher an der Abstimmlung nicht beteiligen.

Abg. Henke (Soz. Arb.): Das Gesetz bringt eine harte Senormandung durch die Militärbehörde und enthält eine Fesselung der Arbeiter an die Scholle, die wir grundsätzlich ablehnen müssen. (Zust. h. d. Soz. Arb.)

Abg. Bauer (Soz.): In den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse wächst die Sehnsucht nach einem eigenen Heim, das zeigt die starke Entwicklung der Bau- und Siedlungsgenossenschaften der Arbeiter. Von einer Senormandung durch die Militärbehörde kann bei dem Gesetz keine Rede sein. Es wird ja niemand gezwungen, eine Kapitalabfindung und eine Siedlung für sich zu beantragen.

Abg. Giesheres (Ztr.) befreit, daß das Gesetz die Arbeiter irgendwie hindere und lähme.

Die Vorlage wird mit dem Antrag Bauer angenommen. Es folgt sofort ihre dritte Lesung.

Abg. Henke (Soz. Arb.): Ich muß ausdrücklich erhalten, daß die Anhebung der Löhne vom Rohwollen der Militärbehörde abhängig gemacht wird.

Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen, ebenso das Gesetz betr. Herabsetzung der Bezugsgröße für die Altersrente auf 65 Jahre.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr: Rechnungsachen, Vereinsangelegenheiten, dritte Lesungen der Steueranträge und des Etats. Schluß 5 Uhr.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

##### Das preußische Abgeordnetenhaus

Überwies am Sonnabend die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in Staatsbetrieben beschäftigt sind, und von geringverdienenden Staatsbeamten einer besonderen Kommission. Die auf Grund des Art. 63 der Verfassungsurkunde erlassene Verordnung vom 1. Mai 1916 über die Sicherstellung der zum Wiederaufbau im Krieg zerstörten Gebäude gewährten finanziellen Vorlehen, sowie die Denkschrift über die Beilegung der Kriegsschulden in den vom kaiserlichen Einfall betroffenen Landesstellen gingen an die verstarbte Haushaltskommission, ebenso ein von verschiedenen Parteien unterstützter Antrag, der die Gewährung von Kinderbeihilfen und Kriegszulagen an Unterbeamte vorschlägt. — Im übrigen erledigte das Haus nur noch Petitionen ohne allgemeines Interesse. Eine Reihe von Petitionen, die Veranlassung zu einer Erörterung gegeben hatten, so z. B. die Petition über die Frage des kommunalen Frauenwahlrechts, wurden von der Tagesordnung abgesetzt. — Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle der Antrag des Staatsministers über die Vertagung des Landtags, dann folgen die Berichte der verstarbten Staatshaushaltskommission über die Lebensmittelfrage und über ökonomische Angelegenheiten. Die letzte Sitzung vor der Ferienzeit findet am Freitag statt.

##### Ernährungsfragen im preussischen Abgeordnetenhause.

In der verstarbten Haushaltskommission referierte der Reichsminister, der kaiserliche Abgeordnete Haack, über die Ernährungsfragen. Er forderte vor allem vollständige Bewilligung der Kriegssatzung für die neue Ernte, damit sich die Schwierigkeiten durch nicht richten können. Alles soll nach Materien geordnet in einem einzigen Gesetz zusammengefaßt werden und die entsprechenden Bestimmungen mit ihrer Befugnis in Kraft treten, um Durchführungen der Interessen zu beschleunigen. In der jetzigen Regierung des Reichstages soll man sich festhalten. Bezüglich der Kampfbereitschaft fordert Haack die Beibehaltung der Ernährung einer Reichsministerstelle sowie der Provinzial-Karntensstellen. Der notwendige Bedarf an Speisekartoffeln für das nächste Wintersemester soll in möglichst bald zu ermitteln und durch die genannten Stellen anzulegen. Eine allgemeine Befreiung soll nicht stattfinden, der freie Handel mit Speisekartoffeln nicht beengt werden. Der kaiserliche Referent wendet sich gegen die Kriegssatzung für Getreide und Öl, deren Befreiung nicht durchzuführen werden können und unter Umständen nach Schäden am Sozialen anrichten. Die Heranziehung soll die Angelegenheit an unabhängigen Experten heranziehen. In Arbeitsweise anzulegen und Jungweizen großzügig zu lassen. Kampfbereite Kritik ist der Reichsminister an der Ernährungsfrage der Getreide-Bewertungs-Gesellschaft, die als Komitee G. m. b. H. auf Anregung des Reichsanwalts des Innern am 16. Februar d. J. als Kampfbereite und Geschäftsführer gegründet worden ist. Er betont es besonders, daß die Geschäftsführer bei einem Einmündung von 20 Jahren 21. nach kaiserlichen

Tätigkeit 4 Millionen Mark Kriegsanleihe ihren Mitgliedern, d. h. den Brauereien, zur Verteilung bringen konnte und gleichzeitig ein Guthaben von rund 11 Millionen zurückgelegt hat. Er verlangt, daß die Reichsministerstelle, welche auch mit der Bewirtschaftung der Getreide beauftragt ist, darüber wacht, daß die Interessen der Allgemeinheit in der Geschäftsführung der Getreide-Bewertungs-Gesellschaft in jeder Beziehung gewahrt werden, und daß die Gesellschaft zu diesem Zweck alle Anordnungen grundsätzlicher Natur der Reichsministerstelle zur Genehmigung vorlegt. Der über 5 Prozent des Geschäftskapitals erzielte Gewinn soll dem Reichsamt des Innern zur Beschaffung von Nahrungsmitteln für die ärmere Bevölkerung überwiesen werden. Die Hülsenfrüchte sollen nach dem Vorschlag des Reichsministers nicht mehr für die Zentral-einkaufsgesellschaft, sondern für die Reichsgetreidestelle beschlagnahmt werden. Die Tätigkeit der bisher bestehenden Organisationen zur Versorgung mit Futtermitteln soll durch die Errichtung von zweckentsprechenden Landesorganisationen in den einzelnen Bundesstaaten gefördert werden. Weiter fordert Haack Beschaffung an Futtermitteln zu mäßigen Preisen an die Viehhalter sowie Reichs- und Staatszuschuß an diese. Eine weitere Einschränkung des Fleischgenusses und die Aufhebung des Haus-schlachtungsverbats sei notwendig. Eine allgemeine Kommunalbewirtschaftung der gesamten Milch und Butter hält der Reichsminister für unmöglich. Er meint, daß der Versuch ihrer Durchführung zur Vergeudung der Maren und zur Steifung der Versorgung führen würde. Er verlangt, daß die Verteilung der vorhandenen Speisekarte innerhalb der Konjungebiete gleichmäßig durchgeführt und auf das Beste organisiert wird. Für den landwirtschaftlichen Betrieb forderte der Reichsminister ausreichende Hilfe durch Gesetze.

##### v. Falkenhain über die Zensur.

Auf eine Eingabe des Reichsverbandes der deutschen Presse an den Reichskanzler, die auch dem Generalstabschef abgeschrieben gelangt worden ist, hat der Verband folgende Antwort erhalten:

Von der mir überlieferten Abschrift der an den Herrn Reichskanzler gerichteten Eingabe vom 20. Mai 1916 habe ich Kenntnis genommen.

Ich beehre mich, zu bemerken, daß auch ich eine jede Beschränkung der Pressefreiheit für schädlich halte, die nicht den Zwecken der Kriegführung dient. Ich werde deshalb alle Bestrebungen, die darauf hinarbeiten, der Presse innerhalb dieser Grenzen Unabhängigkeit zu sichern, fördern, und werde die Mitarbeit, welche die Presse durch Lösung ihrer hohen patriotischen Aufgabe der Kriegführung leistet, wie bisher so auch in Zukunft mit Dank begrüßen.

(gez.) v. Falkenhain, General der Infanterie.

##### Amerika.

Die Vermehrung der amerikanischen Marine. Eine ergänzende Marinevorlage, die den Bau von 50 Schlachtskreuzern, vier Aufklärungskreuzern, 10 Zerstörern, 50 Unterseebooten und 130 Aeroplanen vorsieht, wurde von amerikanischem Repräsentantenhaus angenommen.

### Von den Kriegsschauplätzen.

#### Gegen Frankreich und Belgien.

##### Der französische Generalstab

berichtet vom Sonnabend: In der Champagne, westlich des Mont Tain, sind deutsche Abteilungen, die nach vorbereitendem Artilleriefeuer in einige kleine vorgeschobene Posten eingedrungen waren, durch einen Gegenangriff mit Handgranaten wieder verdrängt worden. In den Argonnen wurde ein deutscher Angriff gegen einen auspringenden Winkel der französischen Front, westlich La Ville Mortie, gegen Abend nach ziemlich lebhaftem Kampf abgewiesen; ein zweiter Angriff auf denselben Punkt gegen acht Uhr abends hatte gleichfalls vollen Mißerfolg. Auf dem linken Maasufer standen die französischen Stellungen an der Höhe 304 und die zweite Linie unter heftigem Artilleriefeuer. Auf dem rechten Maasufer dauert der Kampf im Abschnitt der Feste Saur fort. Ebenso erbittert wurden feindliche Versuche gegen unsere Gräben westlich der Feste abgewiesen. Die Deutschen vervielfachten ihre Angriffe gegen die Feste und machten mühsame Anstürme trotz der Verheerungen in ihren Reihen durch Artillerie- und Maschinengewehrfeuer, die sie jedesmal zurückzujagen zwangen. Nichtsdestoweniger vermochten Bruchteile feindlicher Truppen in der Nacht in die nördlichen Festungsgräben des Werkes einzudringen, in dessen Innerem sich die Franzosen kräftig behaupten.

Sonnabend abend: Auf dem rechten Maasufer im Laufe des Tages keine Infanterieunternehmung. Der Artilleriekampf hielt in sehr heftiger Weise an der Front des Gehölzes Schaumont-Baur an. Im Fort Baur ist die Lage nicht verändert. Der Feind versuchte nicht, den in der letzten Nacht erreichten Vorteil auszunutzen. Auf dem linken Maasufer fortgesetzte Beschließung unserer zweiten Linien. In der übrigen Front war der Tag ruhig, desgleichen an der belgischen Front.

##### Die Engländer berichten

unterm 4. Juni: Der sehr heftige Kampf hielt südlich von Ypern zwischen Hooge und Ypern und an der Eisenbahn nach Menin ununterbrochen an. Im Anschluß an ihren anfänglichen Erfolg von gestern abend unternahmen die Deutschen in der Nacht Angriffe. Es gelang ihnen, durch die Verteilungslinien in einer Tiefe von 700 Yards in Richtung Lillebeke durchzustoßen. Kanadier, die diesen Abschnitt besetzt halten, unternahmen um 7 Uhr morgens einen Gegenangriff, wobei es ihnen gelang, den Feind allmählich von einem großen Teil des von ihm gewonnenen Geländes zu vertreiben. Die Kanadier bewiesen während des Gegenangriffes, der nach heftiger andauernder Beschließung erfolglos blieb, äußerste Tapferkeit. Die Verluste des Feindes sind ernst; viele tote Deutsche blieben auf dem Schlachtfeld. Die Generale Morcer und Wilaus von der dritten kanadischen Division, die gestern während der Beschließung die Schützengräben an der Front besichtigten, werden vermisst.

##### Aus der Partei.

Verhaftung in Leipzig. Der Gernasse Langsd. Vertreter der Jugendlichen im Bildungsausschuß zu Leipzig, ist vorige Woche nach erfolgloser Hausdurchsuchung verhaftet worden.

##### Aus Nah und Fern.

Streuungsstück. Durch eine Kohlenkaufverpflichtung auf dem Gebiet in dem Rhein-Genacharten Brühl wurden vier Arbeiter getötet und 10 mehr oder minder schwer verletzt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Berlin.